

Migrations- und Integrationsforschung

Jahresbericht 2014 des Forschungszentrums Migration, Integration
und Asyl im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge



Migrations- und Integrationsforschung

Jahresbericht 2014 des Forschungszentrums Migration,
Integration und Asyl im Bundesamt für Migration und
Flüchtlinge

Vorwort



Dr. Manfred Schmidt
Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge

Liebe Leserinnen und Leser,

im Jahr 2014 nahm im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die Bearbeitung der stark ansteigenden Asylbewerberzahlen einen breiten Raum ein. Auch das Forschungszentrum des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge hat sich mit dem Thema Flüchtlingsschutz und humanitäre Flüchtlingsaufnahme in zwei Projekten näher beschäftigt. Aktuell werden hierzu die Projekte „Integration von Asylberechtigten nach Art.16a Grundgesetz und anerkannten Flüchtlingen gemäß § 60 Abs. 1 AufenthG“ und „Flüchtlingsaufnahme (Resettlement): Untersuchung der Integration von besonders Schutzbedürftigen“ durchgeführt. Beide Projekte betrachten die Integration von Flüchtlingen, unterscheiden sich jedoch beim betroffenen Personenkreis. Ergebnisse werden voraussichtlich Ende 2015 bzw. Ende 2016 vorliegen.

Die Gewinnung analytischer Aussagen zur Steuerung der Zuwanderung ist als Auftrag in § 75 Nr. 4 Aufenthaltsgesetz für das Bundesamt festgelegt. Der jährliche Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung liefert die Grunddaten zum Migrationsgeschehen für Politik, Wissenschaft und Fachöffentlichkeit. Er ist damit ein Standardwerk, wenn es um Fragen der Steuerung der Migration geht. Im Januar wurde der Migrationsbericht 2012 durch Herrn Bundesminister des Innern, Dr. Thomas de Maizière vorgestellt.

Hervorzuheben aus den vielen Tätigkeiten des Forschungszentrums im Jahr 2014 war die Zuarbeit für den Staatssekretärsausschuss „Rechtsfragen und Herausforderungen bei der Inanspruchnahme der sozialen Sicherungssysteme durch Angehörige der EU-Mitgliedstaaten“. Für diesen Zweck stellte das Forschungszentrum fundierte Daten zur aktuellen Zuwanderung von Staatsbürgern aus diesen beiden Ländern zur Verfügung und konnte damit zu einer Versachlichung der Diskussion beitragen. Ein Beispiel, das zeigt, wie wichtig aktuelle, fundierte und zuverlässige Informationen sind, um schwierige gesellschaftspolitische Themenbereiche sachgerecht zu behandeln.

Im Bereich der Zuwanderungssteuerung wurde die Untersuchung der einzelnen rechtlichen Möglichkeiten bezüglich der Erwerbsmigration weiter fortgesetzt. Eine aktuelle Studie befasst sich mit § 19a AufenthG (Blaue Karte EU). Parallel dazu erfolgt eine Synthese aus den bisher vorliegenden Datensätzen anderer Studien des Forschungszentrums zu Erwerbsmigration, um so einen umfassenden Überblick über die Gemeinsamkeiten und Unterschiede einzelner Zuwanderergruppen hinsichtlich Zuwanderungsmotiv und Bleibeabsicht zu erhalten. Ende 2015 sollten hierzu erste Ergebnisse vorliegen.

Ein weiterer Schwerpunkt des Forschungszentrums lag 2014 auf der Untersuchung des Integrationsstandes verschiedener Zuwandergruppen. Neben den weiter oben bereits angesprochenen Projekten zu der Integration von Flüchtlingen wurde mit einer Studie begonnen, die den Integrationsstand ausgewählter Migrantengruppen untersuchen soll. Das Projekt „Repräsentativbefragung ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland (RAM 2015)“ schließt konzeptionell und inhaltlich an die ebenfalls vom Bundesamt durchgeführte Studie Repräsentativbefragung ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland aus den Jahren 2006/2007 (RAM 2006/2007) an. Damit können Entwicklungen zum Integrationsstand untersucht und der aktuelle Integrationsstand der befragten Migrantengruppen abgebildet werden.

Ein wesentliches Ziel des Forschungszentrums ist es, Forschungsergebnisse zu publizieren und diese mit Vertretern der Wissenschaft zu diskutieren. Das Forschungszentrum ist deshalb sehr an einem fachlichen Austausch von Forschungsergebnissen im Rahmen von Fachveranstaltungen interessiert. Zu diesem Zweck werden jährlich Fachtagungen zu einschlägigen Forschungsthemen durchgeführt. In 2014 fanden zwei große Veranstaltungen im Bundesamt statt, bei denen Ergebnisse aus den Studien „Die Integration von zugewanderten Ehepartnerinnen und Ehepartnern

in Deutschland (BAMF-Heiratsmigrationsstudie 2013)“ und „Beschäftigung ausländischer Absolventen deutscher Hochschulen. Ergebnisse der BAMF-Absolventenstudie 2013“ vorgestellt und diskutiert wurden. Näheres hierzu kann unter dem Punkt 4.2 nachgelesen werden.

Abschließend erlauben Sie mir noch einen kleinen Ausblick auf das Jahr 2015. Vorgesehen ist die Durchführung eines Forschungsprojektes für die Deutsche Islam Konferenz. Die Studie „Muslimisches Leben in Deutschland 2016 – MLD 2016“ ist als Nachfolgestudie zu dem Forschungsprojekt „Muslimisches Leben in Deutschland“, die im Jahr 2008 vom Bundesamt erstellt wurde, geplant. Die Studie soll untersuchen, ob sich in den letzten Jahren Veränderungen im Vergleich zu den damaligen Erkenntnissen ergeben haben.

Diese und viele weitere Themen werden im Folgenden vom Jahresbericht 2014 behandelt.



Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge

Inhalt

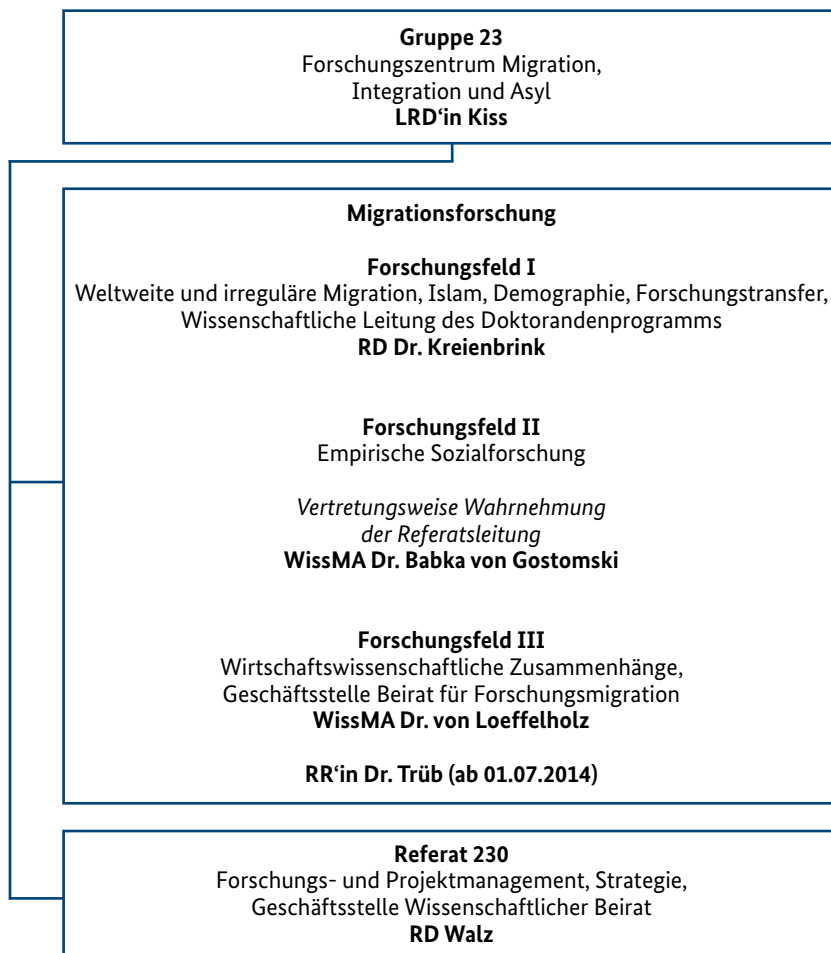
	Vorwort	4
1	Das Forschungszentrum, Migration, Integration und Asyl	8
1.1	Organisatorischer Aufbau (2014)	8
1.2	Organisatorischer Aufbau (2015)	9
1.3	Referatsgruppe Migrationsforschung	10
1.4	Servicebereiche	13
1.5	Wissenschaftlicher Beirat	13
1.6	Doktorandenprogramm	14
1.7	Praktikum	15
2	Forschungsschwerpunkte	16
2.1	Forschungsschwerpunkt Datengrundlagen	16
	Migrationsbericht 2013	16
	Das Potenzial zukünftiger Migrationen	17
2.2	Forschungsschwerpunkt Integration	18
	Integrationsreport	18
	Die Integration von zugewanderten Ehepartnerinnen und Ehepartnern in Deutschland (BAMF-Heiratsmigrationsstudie 2013)	18
	Integration von Türkeistämmigen in Deutschland und Mexikanern in den USA	20
	Wissenschaftliche Begleitforschung zur Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE)	21
	Integration von Asylberechtigten nach Art .16a Grundgesetz und anerkannten Flüchtlingen gemäß § 60 Abs. 1 AufenthG	22
	Flüchtlingsaufnahme (Resettlement): Untersuchung der Integration von besonders Schutzbedürftigen	22
	Repräsentativbefragung ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland (RAM 2015)	23
2.3	Forschungsschwerpunkt Zu- und Abwanderung, Zuwanderungssteuerung	25
	Soziale Absicherung von Drittstaatsangehörigen in Deutschland (EMN-Studie siehe auch 5.1)	25
	Wirksamkeit von Wiedereinreisesperren und Rückübernahmeabkommen (EMN-Studie siehe auch 5.1)	25
	Abschiebungshaft und Alternativen zur Abschiebungshaft in Deutschland (EMN-Studie siehe auch 5.1)	26

	Unbegleitete Minderjährige in Deutschland (EMN-Studie siehe auch 5.1)	27
	Mobilitätsbestimmungen für Investoren, Selbständige und sonstige Wirtschaftsvertreter in Deutschland (EMN-Studie siehe auch 5.1)	28
	Abwanderung von (qualifizierten) Personen mit Migrationshintergrund aus Deutschland	28
	Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedstaaten	29
	Beschäftigung ausländischer Absolventen deutscher Hochschulen.	
	Ergebnisse der BAMF-Absolventenstudie 2013	30
	Erwerbsmigration von „Blaue Karte EU“-Inhabern in Deutschland	31
	Fachkräftezuwanderung im internationalen Vergleich	32
	Arbeitskräftezuwanderung von Drittstaatsangehörigen nach Deutschland:	
	Synthese der fünf Befragungen von Arbeitsmigranten zur Bestimmung von	
	Determinanten der Zuwanderung und der Bleibeabsichten	33
2.4	Forschungsschwerpunkt Islam	34
	Geschlechterrollen bei Deutschen und Zuwanderern christlicher und muslimischer Religionszugehörigkeit	34
3	Publikationen	36
3.1	Interne Publikationen	36
3.2	Externe Publikationen	37
4	Wissenstransfer	39
4.1	Vorträge (Auswahl)	39
4.2	Tagungen/Veranstaltungen (Auswahl)	43
4.3	Öffentlichkeitsarbeit	47
5	Vernetzung	48
5.1	Europäisches Migrationsnetzwerk	48
5.2	Migration und Integration in der Ressortforschung	50
6	Abkürzungsverzeichnis	51
	Anlage: Forschungsvorhaben im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2005-2015	52

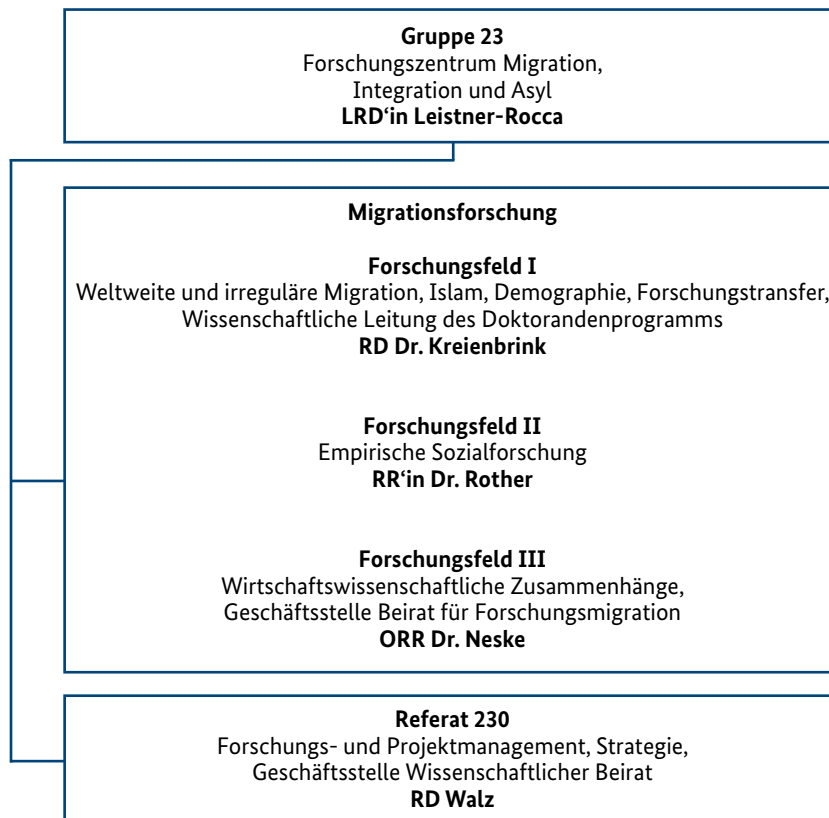
1

Das Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl

1.1 Organisatorischer Aufbau (2014)



1.2 Organisatorischer Aufbau (2015)



1.3 Referatsgruppe Migrationsforschung

Forschungsfeld I:

„Weltweite und irreguläre Migration, Islam, Demographie, Forschungstransfer, Wissenschaftliche Leitung des Doktorandenprogramms“

Leitung: Dr. Axel Kreienbrink

Das Forschungsfeld I bearbeitet ein vielfältiges Themenspektrum mit den Schwerpunkten weltweite und irreguläre Migration, Islam und Demographie.

Ein wesentliches Ziel der Forschungsarbeiten im Referat ist es, weiterführende Erkenntnisse über Ursachen und Wirkungen von Migrationsbewegungen im nationalen und internationalen Rahmen zu gewinnen, die entsprechend des gesetzlichen Auftrages für die Begleitforschung der Steuerung von Zuwanderung dienen können.

Im Bereich „weltweite Migration“ werden daher vor allem gegenwärtige und zukünftige Migrationsbewegungen nach Deutschland und Europa und ihre Folgen in den Blick genommen. Dabei wird das zu erwartende Potenzial zukünftiger Migration ebenso beleuchtet wie der Zuzug im humanitären Bereich oder Aspekte von Rückkehr und Abwanderung. Dies umschließt auch die Forschungstätig-

keit für das von der Europäischen Kommission kofinanzierte Europäische Migrationsnetzwerk (EMN), für das das Bundesamt als nationale Kontaktstelle benannt worden ist. In diesem Rahmen werden verschiedene Spezialstudien zu Migrations- und Asylfragen in Deutschland erarbeitet, die in europäische Syntheseberichte eingehen.

Der Bereich „Islam“ beschäftigt sich zentral mit Fragen zur Präsenz und der Integration muslimischer Zuwanderer in Deutschland. Hier führte das Bundesamt im Auftrag des BMI eine Studie zur „Geschlechtergerechtigkeit“ durch und setzte damit seine flankierende Forschungstätigkeit zu Themen der Deutschen Islam Konferenz (DIK) fort.

Das dritte Themengebiet im Forschungsfeld I widmet sich schließlich den demographischen Veränderungen, die durch Migration nach Deutschland hervorgerufen werden.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Forschungsfeldes I:

Dr. Axel Kreienbrink
 Dr. Stefan Alscher (bis 14.11.2014)
 Tatjana Baraulina
 Maria Bitterwolf
 Janne Grote (ab 01.02.2014, EMN)
 Yasemin El-Menouar (bis 31.03.2014)
 Dr. Martin Kohls

Dr. Andreas Müller (EMN)
 Johannes Obergfell (Doktorand)
 Stefan Rühl
 Verena Schulze Palstring
 Inara Stürckow (ab 01.08.2014)
 Michael Vollmer (ab 16.06.2014, EMN)

Forschungsfeld II:

„Empirische Sozialforschung“

Leitung: Dr. Nina Rother

Das Forschungsfeld II gliedert sich in zwei Aufgabenbereiche. Hauptarbeitsgebiet ist die Durchführung eigener empirischer Studien, vorwiegend zu Fragen der Integration. Daneben wird Integrationsberichterstattung betrieben.

Der Aufgabenbereich „Empirische Studien“ beinhaltet Primärdatenerhebungen zu verschiedenen Themenbereichen. Ziel ist die Beschreibung und Analyse von Migrations- und Integrationsprozessen und der dadurch hervorgerufenen gesellschaftlichen Entwicklungen in Deutschland. Daneben werden auch staatliche Maßnahmen der Integrationsförderung, wie die Migrationsbe-

ratung für erwachsene Zuwanderer (MBE), begleitet und evaluiert.

Der Aufgabenbereich „Integrationsberichterstattung“ basiert auf der Sichtung und Auswertung von amtlichen Daten und Geschäftsstatistiken, von Daten aus eigenen Erhebungen sowie von Befragungsdaten anderer Forschungsinstitutionen (Sekundärdatenanalyse). Die Entwicklung von Integrationsindikatoren auf kommunaler, nationaler und internationaler Ebene wird beobachtet und begleitet.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Forschungsfeldes II:

Dr. Nina Rother
Dr. Christian Babka von Gostomski
Lisa Brandt
Tobias Büttner (bis 22.04.2014)
Eva Bund (Doktorandin)
Daniel Dwars (ab 01.04.2014)

Susanne Lochner (bis 31.12.2014)
Rebekka Risch
Dr. Anja Sticks
Dr. Susanne Worbs
Michael Wolf

Forschungsfeld III:

„Wirtschaftswissenschaftliche Zusammenhänge, Geschäftsstelle Beirat für Forschungsmigration“

Leitung: Dr. Hans Dietrich von Loeffelholz (bis 30.04.2014)
Dr. Regina Trüb (ab 01.07.2014)

Ökonomische Aspekte stellen wichtige Rahmenbedingungen, Ursachen und Konsequenzen des Zuzugs sowie der Integration von Ausländern dar, die für die Steuerung der Migration nach den wirtschaftlichen und arbeitsmarktspezifischen Interessen der Bundesrepublik relevant sind. Das Forschungsfeld III beobachtet hierzu kontinuierlich die Forschungs- und Datenlandschaft und führt eigene Projekte durch. Die Forschungsergebnisse führen zu einer Verbreiterung und Vertiefung der analytischen Grundlagen im Bereich der Erwerbsmigration und dienen der evidenzbasierten Politikberatung sowie der Diskussion

und Planung von Maßnahmen zur Steuerung der Arbeitsmigration.

Schwerpunkte sind wissenschaftliche Forschungsprojekte zu ökonomischen Aspekten der Arbeitskräftemigration und -integration. Ein weiterer Forschungsbereich beleuchtet die wirtschaftlichen Auswirkungen der EU-Erweiterung für Deutschland und die Beitrittsländer sowie ökonomische Fragestellungen der Zuwanderung im Vergleich der EU-Mitgliedsländer.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Forschungsfeldes III:

Dr. Hans Dietrich von Loeffelholz (bis 30.04.2014)
Dr. Regina Trüb (ab 01.07.2014)
Elisa Hanganu
Barbara Heß

Dr. Stephan Humpert
Marie Wälde (ab 24.11.2014)
Elmar Kuhnigk

1.4 Servicebereiche

Das Referat 230 „Forschungs- und Projektmanagement, Strategie, Geschäftsstelle wissenschaftlicher Beirat“ nimmt Querschnittsaufgaben für den Forschungsbereich wahr. Das Referat kümmert sich dabei u. a. um die Bereiche Haushalt, Controlling, Forschungsplanung und Publikation.

1.5 Wissenschaftlicher Beirat

Zur Unterstützung des Forschungsbereiches wurde im Bundesamt ein Wissenschaftlicher Beirat eingerichtet, der zweimal jährlich tagt. Der Wissenschaftliche Beirat hat die Aufgabe,

- zu Forschungskonzepten und -schwerpunkten fachliche Empfehlungen zu geben,
- in methodischen und theoretischen Fragen der Migrations- und Integrationsforschung sowie bei der Evaluierung der Arbeitsergebnisse das Bundesamt zu unterstützen,
- die Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern und Forschungseinrichtungen gleicher und verwandter Wissensgebiete und mit der Praxis zu fördern und
- Impulse bei der Ausweisung neuer Forschungsfelder und bei der Diskussion methodischer Neuerungen zu geben.

Der Wissenschaftliche Beirat setzt sich wie folgt zusammen:

- Frau Prof. Dr. Baringhorst, Professorin an der Universität Siegen, Fachbereich 1 Politikwissenschaft (Vorsitzende),
- Herr Prof. em. Dr. Bade, Begründer des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien

(IMIS) der Universität Osnabrück und Gründungsvorsitzender (2009-2012) des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR),

- Herr Prof. em. Dr. Hailbronner, Professor an der Universität Konstanz, Fachbereich Rechtswissenschaften,
- Herr Prof. Dr. Koopmans, Direktor der Forschungsabteilung „Migration, Integration, Transnationalisierung“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und
- Herr Prof. Dr. Roche, Professor an der Ludwig-Maximilians-Universität München am Institut für Deutsch als Fremdsprache.

Im Berichtsjahr wurden zwei Beiratssitzungen durchgeführt. Beide Sitzungen haben sich zum einen schwerpunktmäßig mit der Diskussion und Bewertung ausgewählter Forschungsprojekte z. B. „BAMF-Heiratsmigrationsstudie 2013“, „Beschäftigung ausländischer Absolventen deutscher Hochschulen – Ergebnisse der BAMF-Absolventenstudie 2013“, „Flüchtlingsaufnahme (Resettlement): Untersuchung der Integration von besonders Schutzbedürftigen“, „Wissenschaftliche Begleitung zur Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE)“ beschäftigt. Zum anderen war die Diskussion und Abstimmung der Forschungsplanung 2015 zentrales Thema beider Sitzungen.

1.6 Doktorandenprogramm

Zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses eröffnet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Doktorandinnen und Doktoranden in einem „Doktorandenprogramm“ die Möglichkeit, bei einem Forschungsprojekt des Bundesamtes mitzuwirken. Hierbei besteht die Gelegenheit, neben der Dissertation die Arbeit in einer Forschungseinrichtung des Bundes kennenzulernen, deren Tätigkeit einen unmittelbaren Bezug zur Migrationspolitik der Bundesrepublik aufweist.

Ein solches Engagement bietet für beide Seiten einen großen Gewinn. So kommt dem Bundesamt die Leistung von jungen Wissenschaftlern zugute, die eine zum bestehenden Forschungsauftrag themennahe Doktorarbeit anfertigen. Auf diese Weise unterstützen sie nicht nur die Projektarbeit, sondern tragen auch neue Erkenntnisse bei. Die Doktorandinnen und Doktoranden profitieren ihrerseits von den Ressourcen, den praktischen Erfahrungen und der Betreuung im Bundesamt und können Berufserfahrung in Zusammenarbeit mit erfahrenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sammeln.

Neben Berufserfahrung werden den Doktorandinnen und Doktoranden weitere Kenntnisse vermittelt und ihre Fähigkeiten gefördert, u. a. durch die Möglichkeit an Fortbildungen und Fachkonferenzen teilzunehmen.

Die Promotion erfolgt in der Regel an einer von den Doktorandinnen und Doktoranden bestimmten Universität bei einer/einem für das Dissertationsthema geeigneten Betreuerin/Betreuer. Das Thema der Doktorarbeit soll dabei einen engen Bezug zu dem Projekt des Bundesamtes haben, für das die Stelle ausgeschrieben wurde. An der methodischen Konzipierung und Durchführung dieses Projektes arbeitet die Doktorandin/der Doktorand auf einer halben Stelle mit, so dass sie/er daneben die Dissertation fertigen kann. Freie Doktorandenstellen werden öffentlich ausgeschrieben und die Stellen werden auf drei Jahre besetzt. Derzeit sind im Bundesamt zwei Doktoranden tätig.

2014 haben zwei Doktorandinnen des Bundesamtes (Frau Worbs und Frau Lochner) mit großem Erfolg ihre Promotion abgeschlossen.

Die Dissertation von der Wissenschaftlerin Susanne Lochner hat den Titel „Staatlich geförderter Spracherwerb als Motor gesellschaftlicher Kohäsion? Interethnische Kontakte und nationale Identifikation bei Migranten in Integrationskursen“. Sie promovierte an der Fakultät für Geowissenschaften der Ruhr-Universität Bochum (RUB). Die Arbeit



Weitere Informationen zum Doktorandenprogramm werden auf der Internetseite des Bundesamtes unter: www.bamf.de/doktorandenprogramm und im Flyer zum Doktorandenprogramm veröffentlicht.

TIPP

untersucht die Auswirkungen der staatlich geförderten Integrationskurse auf die Entstehung interethnischer Kontakte zwischen Deutschen und Migranten sowie die nationale Identifikation mit Deutschland. Auf Basis von quantitativen Längsschnittdaten des BAMF-Projektes „Integrationsverlauf von Integrationskursteilnehmenden“ (Integrationspanel) wurden mithilfe von anspruchsvollen statistischen Verfahren Zusammenhänge der Integrationsdimensionen im Zeitverlauf dargestellt. Es wird ein alleiniger Einfluss des Spracherwerbs auf das Entstehen von interethnischen Kontakten sowie einer nationalen Identifikation mit der Aufnahmegesellschaft nachgewiesen. Die Analysen bestätigen, dass Integrationskurse durch eine Verbesserung der Sprachkompetenz und die damit einhergehende Stärkung von interethnischen Kontakten und nationaler Verbundenheitsgefühle zur gesamtgesellschaftlichen Kohäsion beitragen.

Die Dissertation von Dr. Susanne Worbs wurde an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd angenommen. Diese Arbeit untersucht die Auswirkungen der seit dem Jahr 2000 bestehenden so genannten Optionspflicht für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern. Die Wahl der Staatsangehörigkeit durch diesen Personenkreis wird in der Dissertation u. a. anhand von empirisch erhobenen Daten aus zwei Forschungsprojekten des BAMF („Das Einbürgerungsverhalten von Ausländerinnen

und Ausländern in Deutschland – BAMF-Einbürgerungsstudie 2011“ sowie „Die Optionsregelung im Staatsangehörigkeitsrecht aus der Sicht von Betroffenen“) untersucht. Dies wird eingebettet in eine Analyse der Entstehung der Optionsregelung und der mit ihr verbundenen integrationspolitischen Kontroversen in Deutschland, sowie in sozialwissenschaftliche Theorieansätze zur Erklärung des Entscheidungsverhaltens. Abschließend erfolgt eine Bewertung der vor kurzem erfolgten gesetzlichen Neuregelung der Optionspflicht im Lichte der gewonnenen Erkenntnisse.

Die Dissertation von Frau Dr. Worbs ist in der Reihe „Beiträge zu Migration und Integration“ des Bundesamtes als Band 7 veröffentlicht worden.



1.7 Praktikum

Die Forschungsgruppe des Bundesamtes bietet daneben Studentinnen und Studenten die Möglichkeit, ein Praktikum zu absolvieren. Die Praktikantinnen und Praktikanten arbeiten aktiv in einzelnen Forschungsprojekten mit und haben die Gelegenheit die Arbeit in der Forschungsgruppe des Bundesamtes kennenzulernen und erste Berufserfahrung zu sammeln. Im Jahr 2014 wurde 17 Praktikantinnen und Praktikanten diese Möglichkeit eröffnet.

2

Forschungsschwerpunkte

2.1 Forschungsschwerpunkt Datengrundlagen

Migrationsbericht 2013

Projektverantwortliche: Stefan Rühl, Dr. Martin Kohls

Der Migrationsbericht im Auftrag der Bundesregierung wird jährlich durch das Bundesamt erstellt.

Beschrieben wird zunächst das Migrationsgeschehen, unterteilt nach Herkunfts- und Zielländern, Staatsangehörigkeiten, Bundesländern, Geschlecht, Alter und Aufenthaltswort; im Detail wird dann ausführlich auf die verschiedenen Zuwanderergruppen sowie das Phänomen irregulärer Zuwanderung eingegangen. Zusätzlich behandelt der Bericht die Abwanderung von Deutschen und Ausländern. Daran schließt sich ein europäischer Vergleich zum Migrationsgeschehen und zur Asylzuwanderung an. In zwei abschließenden Kapiteln werden die Struktur sowie die Demographie (Einbürgerungen, Geburten, Sterbefälle) der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland, die auch Folge des Wanderungsgeschehens ist, dargestellt.

Jeder Bericht beinhaltet grundsätzlich Darstellungen der rechtlichen Grundlagen bezüglich der einzelnen Zuwanderergruppen. Sofern sich jedoch gegenüber dem Vorjahr keine wesentlichen Änderungen zu den einzelnen Zuwanderergruppen ergeben, wird im Migrationsbericht 2013 jeweils eine weniger ausführliche Darstellung der rechtlichen Erläuterung gewählt. Über aktuelle Rechtsänderungen und relevante Gerichtsurteile wird informiert. Zudem wird in den jeweiligen Kapiteln auf die Bedeutung der einzelnen Migrationsstatistiken und die Grenzen ihrer Aussagefähigkeit eingegangen.

Die Daten des Migrationsberichts zeigen: Das Jahr 2013 war von einem weiteren deutlichen Anstieg der Zuzugzahlen (+13 % auf etwa 1,23 Millionen Zuzüge) im Ver-



gleich zum Vorjahr gekennzeichnet. Allerdings stieg auch die Zahl der Fortzüge um 12 % auf 800.000 Fortzüge. Dadurch ergab sich ein Wanderungsüberschuss von etwa 430.000 Personen, der höchste seit dem Jahr 1993. Auch im Jahr 2013 war Polen das Hauptherkunftsland der Zuwanderer, wie schon seit 1996. Weitere Hauptherkunftsländer waren die zum 1. Januar 2007 zur EU beigetretenen Staaten Rumänien und Bulgarien sowie Ungarn und die von der Finanzkrise besonders betroffenen südeuropäischen EU-Staaten Italien, Spanien und Griechenland. Zudem hat sich die Zuwanderung aus Kroatien seit dem Beitritt zur

EU im Jahr 2013 im Vergleich zum Vorjahr in etwa verdoppelt. Die EU-Binnenmigration macht mittlerweile 58 % des gesamten Zuwanderungsgeschehens nach Deutschland aus. Der quantitativ wichtigste Drittstaat war die Russische Föderation.

Die Arbeitsmigration bewegte sich 2013 in etwa auf dem Niveau des Vorjahres, in dem insbesondere ein weiterer Anstieg der Fachkräftezuwanderung registriert wurde. Hauptherkunftsländer waren Indien, die Vereinigten Staaten, Bosnien-Herzegowina und China. Zudem sind im Jahr 2013 mehr ausländische Staatsangehörige nach Deutschland gekommen, um an einer deutschen Hochschule ein Studium zu beginnen, als jemals zuvor. Eine weitere, starke Zunahme war bei der Zahl der Asylerstanträge festzustellen. Im Jahr 2013 wurden fast 110.000 Asylerstanträge und rund 17.000 Asylfolgeanträge registriert. Dies entspricht einem Anstieg um 64 % im Vergleich zu 2012. Diese Entwicklung setzte sich verstärkt im Jahr 2014 fort. Auf relativ konstantem Niveau hält sich seit 2007 der Ehegatten- und Familiennachzug, wobei der Nachzug aus der Türkei rückläufig war, während etwa im Falle Indiens ein nahezu kontinuierlicher Anstieg zu verzeichnen war.

Veröffentlichung

Bundesministerium des Innern/Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hg.): Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung. Migrationsbericht 2013, Nürnberg.

Das Potenzial zukünftiger Migrationen

Projektverantwortliche: Verena Schulze Palstring

Der Fokus dieses Projekts liegt auf der Analyse der Verhältnisse in bestimmten Herkunfts- und Zielregionen sowie bestehender Migrationssysteme zwischen Herkunfts- und Zielregionen. Vor dem Hintergrund, dass Deutschland und die EU nach wie vor eine wichtige Zuwanderungsregion darstellen, leistet dieses Projekt einen Beitrag zur Einschätzung des Potenzials zukünftiger Wanderungsbewegungen aus nicht-europäischen Ländern. Mit dieser Analyse zu erwartender Einflüsse soll eine qualitative Einschätzung über mögliche zukünftige Zuwanderungsbewegungen nach Deutschland und in die EU getroffen werden.

Mit der Anfang 2010 von der BAMF-Forschungsgruppe vorgelegten und viel beachteten Studie über das Potenzial der Migration aus Afrika und der 2011 abgeschlossenen Studie zu den GUS-Staaten sind die beiden Regionen, die im unmittelbaren Fokus des Gesamtansatzes Migration der EU stehen, erfasst. Anschließend wurde die Migration aus dem weiter entfernten asiatischen Bereich in den Fokus des Projektes genommen. Zunächst erfolgte eine Betrachtung des Potenzials der Arbeitsmigration aus Asien (mit Fokus auf Ost- und Südostasien) nach Europa. Die aktuelle Folgestudie analysiert das Potenzial der Migration aus Indien.

Eine Veröffentlichung dieser Studie ist im Laufe des Jahres 2015 geplant.

Bisherige Veröffentlichungen

Borchers, Kevin unter Mitarbeit von Breustedt, Wiebke (2008): Die Datenlage im Bereich der Internationalen Migration in Europa und seinen Nachbarregionen, Working Paper 18, Nürnberg.

Schmid, Susanne unter Mitarbeit von Borchers, Kevin (2010): Vor den Toren Europas? Das Potenzial der Migration aus Afrika, Forschungsbericht 7, Nürnberg.

Schmid, Susanne (2012): Das Migrationspotenzial aus der GUS in die Europäische Union, Forschungsbericht 17, Nürnberg.

Kreienbrink, Axel (Hg.) (2014): Fachkräftemigration aus Asien nach Deutschland und Europa – Migration of skilled labour from Asia to Germany and Europe. Beiträge zu Migration und Integration, Band 5. Nürnberg.

2.2 Forschungsschwerpunkt Integration

Integrationsreport

Projektverantwortliche: Dr. Susanne Worbs

Mit dem Integrationsreport wurde von 2008 bis 2012 ein datengestützter Bericht zum Stand der Integration von Zuwanderern in Deutschland erstellt, der in Form von Working Papers herausgegeben wurde. Analog zum Migrationsbericht stellt er für einen breiten Nutzerkreis aus Politik, Verwaltung, Verbänden, Wirtschaft und Wissenschaft grundlegende Informationen zum Thema „Integration“ bereit. Dabei werden die Erkenntnispotenziale von verschiedenen Datenquellen (amtliche Statistik und empirische Sozialforschung) zusammengeführt, auch unter Nutzung bundesamtseigener Erhebungen. Neben den konkreten Zahlen enthält der Integrationsreport auch Aussagen zur Datenlage in den einzelnen Bereichen sowie methodische Kommentierungen (Zustandekommen und Aussagekraft der vorgestellten Daten, Hinweise zur Interpretation). Soweit es die Datenlage erlaubt, bezieht sich der Integrationsreport auf Zuwanderer in einer breiten Definition („Personen mit Migrationshintergrund“) und arbeitet mit bundesweit repräsentativen, fortschreibbaren Daten.

Seit dem Jahr 2008 konnten insgesamt zehn Working Papers aus der Reihe „Integrationsreport“ veröffentlicht werden:

- Schulische Bildung von Migranten in Deutschland (Autor: Manuel Siegert, Working Paper Nr. 13 der Forschungsgruppe)
- Sprachliche Integration von Migranten in Deutschland (Autorin: Sonja Haug, Working Paper Nr. 14 der Forschungsgruppe)
- Die Einbürgerung von Ausländern in Deutschland (Autorin: Susanne Worbs, Working Paper Nr. 17 der Forschungsgruppe)
- Wohnen und innerstädtische Segregation von Migranten in Deutschland (Autorin: Lena Friedrich, Working Paper Nr. 21 der Forschungsgruppe)
- Berufliche und akademische Ausbildung von Migranten in Deutschland (Autor: Manuel Siegert, Working Paper Nr. 22 der Forschungsgruppe)

- Grunddaten zur Zuwandererbevolkerung in Deutschland (Autor: Stefan Rühl, Working Paper Nr. 27 der Forschungsgruppe)
- Interethnische Kontakte, Freundschaften, Partnerschaften und Ehen von Migranten in Deutschland (Autorin: Sonja Haug, Working Paper Nr. 33 der Forschungsgruppe)
- Mediennutzung von Migranten in Deutschland (Autorin: Susanne Worbs, Working Paper Nr. 34 der Forschungsgruppe)
- Migranten am Arbeitsmarkt in Deutschland (Autoren: Katharina Seebaß und Manuel Siegert, Working Paper Nr. 36 der Forschungsgruppe)
- Politische Einstellungen und politische Partizipation von Migranten in Deutschland (Autorinnen: Stephanie Müssig und Susanne Worbs, Working Paper Nr. 46 der Forschungsgruppe)

Neben der Aufarbeitung einzelner Themenbereiche in Working Papers stellt eine webbasierte Datenbank mit Tabellen in verschiedenen Formaten ausgewählte Erkenntnisse für externe Nutzerinnen und Nutzer bereit. Darin finden sich ergänzend zu den Working Papers zentrale Daten zur Integration (z. B. Schulabschlüsse und Einbürgerungszahlen) auf aktuellem Stand. Im Jahr 2014 konzentrierten sich die Aktivitäten im Projekt „Integrationsreport“ auf die Pflege der Datenbank.

Die Integration von zugewanderten Ehepartnerinnen und Ehepartnern in Deutschland (BAMF-Heiratsmigrationsstudie 2013)

Projektverantwortliche: Dr. Anja Sticks, Tobias Büttner, Dr. Christian Babka von Gostomski

Ehegatten aus Drittstaaten stellen unter den Neuzuwanderern in Deutschland eine bedeutende Gruppe dar. Seit Einführung des neuen Zuwanderungsgesetzes 2005 bis Ende des Jahres 2013 sind fast 350.000 Frauen und Männer im Rahmen des Ehegattennachzuges nach Deutschland eingereist. Diese Gruppe ist aus gesellschaftspolitischer Perspektive von großer Bedeutung, da davon auszugehen

ist, dass die Mehrheit dauerhaft in Deutschland bleiben und der Ehegattennachzug auch künftig eine wesentliche Zuwanderungsform darstellen wird.

Zielgruppe der „BAMF-Heiratsmigrationsstudie 2013“ sind nachgereiste Ehepartnerinnen und Ehepartner ausgewählter Herkunftsländer, denen bei Ersteinreise ab dem 1. Januar 2005 ein Aufenthaltstitel nach § 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 AufenthG oder nach § 30 AufenthG erteilt wurde. Es wurden die folgenden Herkunftsregionen berücksichtigt: Türkei, Bosnien-Herzegowina/Kosovo, Serbien/Mazedonien/Montenegro, Russische Föderation/Ukraine, Thailand/Philippinen sowie Indien/Pakistan. Bei den erstgenannten drei Gruppen wurden sowohl Männer als auch Frauen befragt, bei den letztgenannten drei Gruppen – aufgrund der geringen Anzahl an nachziehenden Ehegatten – hingegen nur nachgezogene Ehegattinnen.

Der Studie ging 2011 eine Abstimmung der Projektkonzeption mit den an der Forschungsstudie interessierten Stellen (BMFSFJ, dem Bundesland Hessen für die Integrationsministerkonferenz) voraus. Im Jahr 2012 fand die Fragebogenentwicklung und die Adressbeschaffung der Zielpersonen bei 190 Ausländerbehörden in ganz Deutschland durch die Forschungsgruppe statt. Die Durchführung der quantitativen Befragung (computerunterstützte face-to-face-Interviews) mit 2.497 Heiratsmigranten aus Drittstaaten wurde von März bis Juli 2013 durch TNS Infratest Sozialforschung realisiert.

Die Ergebnisse zeigen, dass Ehegattinnen und Ehegatten aus dem Ausland überwiegend als junge Erwachsene nach Deutschland kommen. Das durchschnittliche Einreisearchiv der befragten Ehepartner beträgt 28 Jahre. Über 80 % waren bei ihrer Einreise zwischen 18 und 34 Jahre alt. Damit befinden sich Ehegatten aus dem Ausland bei ihrer Einreise in einem Alter, in dem noch viele Entwicklungspotenziale bestehen.

Mittels Indikatoren aus den Bereichen Partnerschaftsprofile, Elternschaft und Bleibeabsicht wird sichtbar, dass – bereits nach einer vergleichsweise kurzen Aufenthaltsdauer in Deutschland – enge Bindungen an Deutschland bestehen. Die meisten Ehegattinnen und Ehegatten planen, längerfristig oder dauerhaft in Deutschland zu leben. Ein Grund ist in den familiären Bindungen zu suchen. Viele ziehen zu einem Partner, der in Deutschland geboren wurde oder bereits sehr lange in Deutschland lebt.

Nach der Einreise in Deutschland versuchen fast alle der befragten Ehegattinnen und Ehegatten, aktiv ihre Deutschkenntnisse zu verbessern. Besonderes Gewicht kommt hierbei dem Integrationskurs zu. Rund 62 % der zwischen 2005 und 2012 Eingereisten hatten diesen zum Zeitpunkt der Befragung absolviert oder besuchten diesen noch.

Die Mehrzahl der Ehegattinnen und Ehegatten aus dem Ausland ist schulisch und beruflich gut ausgebildet. Gut zwei Drittel haben in ihrem Herkunftsland eine Hochschulzugangsberechtigung oder einen mittleren Schulabschluss erworben. Rund 55 % bringen einen Studien- oder Berufsabschluss mit. Bei der Anerkennung der beruflichen Abschlüsse zeigen sich allerdings oftmals Probleme.

Während männliche Ehegatten aus dem Ausland meist erwerbstätig sind, dominiert bei den Ehegattinnen die Haus- und Familienarbeit. Viele der nicht erwerbstätigen Frauen haben kleine Kinder im noch nicht schulpflichtigen Alter. Geschlechtsspezifische Unterschiede zeigen sich auch in Bezug auf die Häufigkeit von Kontakten zu Deutschen ohne Migrationshintergrund. Männer sind deutlich besser vernetzt als Frauen. Dies gilt sowohl in Bezug auf lose Alltagskontakte als auch in Bezug auf Freundschaftskontakte.

Nicht zuletzt in Anbetracht des oftmals jungen Einreisearchivs und der zumeist langfristigen Bleibeabsichten wird deutlich, dass es sinnvoll ist, Ehegattinnen und Ehegatten aus dem Ausland bei Eingliederungsproblemen zu unterstützen und ihnen Entwicklungsperspektiven in Deutschland aufzuzeigen. Schließlich stellen sie eine Zuwanderergruppe dar, die das künftige gesellschaftliche Leben in Deutschland mitprägen. Um Zeitverluste und/oder falsche Weichenstellungen zu vermeiden, wäre es wichtig, die Zielgruppe möglichst frühzeitig über Beratungs- und Unterstützungsangebote zu informieren.

Die Studie wurde in der ersten Jahreshälfte 2014 veröffentlicht.

Veröffentlichung im Jahr 2014

Büttner, Tobias/Stichs, Anja (2014): Die Integration von zugewanderten Ehegattinnen und Ehegatten in Deutschland. BAMF-Heiratsmigrationsstudie 2013; Forschungsbericht 22, Nürnberg.



Integration von Türkeistämmigen in Deutschland und Mexikanern in den USA

Projektverantwortlicher: Dr. Stefan Alscher

Ziel des deutsch-amerikanischen Kooperationsprojekts war eine vergleichende Analyse der Integration von türkischen Staatsbürgern und (zum Teil) Türkeistämmigen in Deutschland sowie Mexikanern in den USA. Während die Forschungsgruppe des BAMF den deutsch-türkischen Teil der Studie bearbeitet hat, erstellte der USCIS (United States Citizenship and Immigration Service) den amerikanisch-mexikanischen Teil.

Auf der Basis einer Bestandsaufnahme der Strukturmerkmale der türkei- bzw. mexikostämmigen Bevölkerung wird die Integration dieser Gruppen anhand von verschiedenen Integrationsindikatoren aus den Bereichen Arbeitsmarkt, Bildung, Sprachkenntnis und Einstellung gegenüber der Aufnahmegesellschaft untersucht.

Während mexikanische Zuwanderer in den USA höhere Erwerbsquoten als andere Zuwanderergruppen und sogar als die einheimische nicht-zugewanderte Bevölkerung aufweisen, ist die Erwerbsbeteiligung der Türkeistämmigen in Deutschland weiterhin geringer als die der Gesamtbevölkerung (mit und ohne Migrationshintergrund). Dennoch sind positive Tendenzen erkennbar, wobei vor allem eingebürgerte türkeistämmige Männer Werte aufweisen (2012: 81,7 %), die sich denen der männlichen deutschen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (83 %) deutlich annähern. Im Generationenvergleich schneiden Angehörige der Folgegenerationen wesentlich besser ab als Zuwanderer der ersten Generation. Das gute Abschneiden eingebürgerter Türkeistämmiger im deutschen Fall hängt

vor allem damit zusammen, dass ein gewisser Grad der Integration in der Regel eine Voraussetzung für den Erhalt der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung ist (positive Selektivität).

Angesichts der unterschiedlichen Schulsysteme ist ein Vergleich zwischen den USA und Deutschland im Bereich der schulischen Bildung besonders schwierig. Sowohl mexikanische Zuwanderer in den USA als auch Türkeistämmige in Deutschland weisen niedrigere Bildungserfolge als andere Zuwanderergruppen auf. Die Schulabbrucherquote von Mexikanern in den USA bzw. der Anteil von Türkeistämmigen ohne Schulabschluss in Deutschland ist jedoch rückläufig. Zudem sind Tendenzen eines Bildungsaufstieges in beiden Fällen (im intergenerationalen und zeitlichen Vergleich) erkennbar.

Angesichts der Größe der mexikanischen bzw. türkeistämmigen Bevölkerungsgruppe in den USA bzw. Deutschland ist ihr Anteil an allen Einbürgerungen besonders hoch (2012: Deutschland: 21,8 %; USA: 13,5 %). Dennoch ist die Einbürgerungsquote (USA) bzw. das „ausgeschöpfte Einbürgerungspotenzial“ bei beiden Gruppen vergleichsweise gering. Letzteres beträgt 2,3 % bei Türken in Deutschland und würde sich bei einer ähnlichen Berechnung auf etwa 3,5 % bei Mexikanern in den USA belaufen (2012). Die Bereitschaft zur Einbürgerung wird von mehreren Faktoren beeinflusst, darunter die ökonomische und politische Situation im Herkunftsland, die geographische Distanz, rechtliche Besonderheiten (z. B. Unionsbürgerschaft) sowie rechtliche Konsequenzen, wie etwa die zwingende Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit.

Im Fall der Mexikaner in den USA ist ein besonders hoher Anstieg der Einbürgerungen in den Jahren 2007 und 2008 bemerkenswert. Dieser ist in erster Linie auf eine zielgruppenspezifische Einbürgerungskampagne zurückzuführen, die nicht von staatlichen, sondern von zivilgesellschaftlichen Akteuren aus der hispanoamerikanischen Gemeinschaft initiiert und durchgeführt wurde. Die Übertragung eines solchen Modells auf den deutsch-türkischen Fall wird als kritisch bewertet, da keine entsprechenden Dachorganisationen bestehen, sondern gerade auch die türkeistämmige Gemeinschaft durch eine Vielzahl von konkurrierenden Verbänden geprägt ist. Vielmehr wäre im deutschen Fall zu überlegen, ein breites Spektrum von Migrantenverbänden (unabhängig von jeweiligen Nationalitäten) in Einbürgerungskampagnen einzubinden, etwa über den Nationalen Integrationsgipfel.

Insgesamt zeigt sich, dass in den untersuchten Bereichen

der Integration (Arbeitsmarkt, Bildung, Einbürgerung) zwar weiterhin Unterschiede im Vergleich mit anderen Zuwanderergruppen (und deren Nachfahren) bestehen; diese „Lücke“ sich jedoch tendenziell verkleinert. Auffällig sind hier v. a. die Integrationserfolge eingebürgerter Türkeistämmiger und die zunehmende Beteiligung von türkeistämmigen Frauen am deutschen Arbeitsmarkt. Im deutschen und US-amerikanischen Fall sind zudem die Tendenzen eines Bildungsaufstiegs und besserer Arbeitsmarktintegration der Folgegenerationen hervorzuheben. Eine Bewertung des Beitrags der Gesamtheit der seit 2005 eingeführten integrationspolitischen Maßnahmen an den dargestellten Integrationserfolgen ist angesichts des vergleichsweise kurzen Zeitraums derzeit jedoch noch nicht möglich.

Eine Veröffentlichung der Ergebnisse der Studie ist geplant.

Wissenschaftliche Begleitforschung zur Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE)

Projektverantwortliche: Lisa Brandt, Susanne Lochner, Rebekka Risch

Die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) stellt seit 2005 ein wichtiges Grundberatungsangebot für Zuwanderer in Deutschland dar. Die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege (Arbeiterwohlfahrt, Deutscher Caritasverband, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonisches Werk der EKD, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland) und der Bund der Vertriebenen sind vom Bundesamt mit der konkreten Umsetzung der Beratungstätigkeit beauftragt. Das Ziel der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer liegt darin, Integrationsprozesse bei Bedarf sozialpädagogisch zu begleiten und Zuwanderer zu „selbstständigem Handeln in allen Angelegenheiten des täglichen Lebens“ zu befähigen.

Das BAMF erhebt halbjährlich Daten zum Beratungsgeschehen und zur Wirkung der MBE (z. B. Anzahl der Klienten, Anzahl der Vermittlungen in Integrationskurse). Da jedoch lediglich aggregierte Daten erhoben werden, können differenzierte Analysen – beispielsweise ein Vergleich zwischen den Beratungsbedarfen unterschiedlicher Herkunftsgruppen unter den Klienten – nicht vorgenommen werden. Zudem basiert das Controlling ausschließlich auf objektiven Kennzahlen, Bewertungen des Beratungsangebotes durch die Zielgruppe wurden bisher nicht erfasst. Somit ist bislang unklar, inwiefern die Zuwanderer selbst die MBE als tatsächliche Hilfestellung betrachten und

inwiefern sie sich durch die MBE zu einem selbstständigeren Handeln im Alltag befähigt sehen.

Vor diesem Hintergrund führt das Forschungszentrum seit Anfang 2013 eine wissenschaftliche Begleitforschung durch, in der die MBE erstmals aus Sicht der Beteiligten evaluiert wird. Ziel ist es, die Zielerreichung und Wirkung der MBE sowie eventuelle Verbesserungsbedarfe und Optimierungspotenzial festzustellen und dabei auch erstmals verschiedene Teilgruppen der Beratenen differenziert zu betrachten. Auf Basis der Ergebnisse kann das Beratungsangebot für Zuwanderer in Deutschland ggf. weiter optimiert und den Bedarfen der jeweiligen Zielgruppe weiter angepasst werden.

Im Zentrum der Studie steht vor diesem Hintergrund eine quantitativ angelegte Befragung von MBE-Klienten. Durch Interviews mit Klienten der MBE können Aussagen zur empfundenen Wirkung, Zielerreichung sowie Stärken und Schwächen der MBE getroffen werden. Im Vordergrund stehen u. a. die Forschungsfragen:

- Wie zufrieden sind die Klienten mit dem Angebot der MBE?
- Wird die Beratung als konkrete Hilfestellung bei der Integration in die deutsche Gesellschaft wahrgenommen?
- Hat die Beratung zur Lösung einer Problemlage beigetragen, die den Anlass dazu gab, die Beratungsstelle aufzusuchen?
- Wie beurteilen die Klienten die Rahmenbedingungen der Beratung (z. B. sprachliche Verständigung, Beratungsmethoden)?
- Wo gibt es ggf. Verbesserungsbedarf/-potenzial?

Begleitend werden zudem qualitative Interviews mit MBE-Beratern durchgeführt, um die Sicht der Berater auf Stärken und Schwächen der MBE einzuholen. Die folgenden Fragen stehen hier im Vordergrund:

- Inwiefern können die Vorgaben des BMI/Bundesamts im Hinblick auf die Beratungsleistung unter den bestehenden Rahmenbedingungen effizient erfüllt werden?
- Welche Regelungen und Faktoren begünstigen, welche erschweren eine effiziente Beratungsarbeit?
- Gibt es vor diesem Hintergrund Verbesserungsbedarfe?

Die Studie ist auf eine Projektlaufzeit von zwei Jahren ausgelegt. Nachdem 2013 Tätigkeiten wie die Adressbeschaffung bei über rund 200 MBE-Beratungsstellen in ganz Deutschland, die Fragebogenentwicklung sowie qualitative Interviews mit MBE-Beratern durchgeführt wurden, startete Anfang 2014 die telefonische Befragung von rund 1.250 MBE-Klienten. Seit Mitte des Jahres 2014 liegen die Befragungsdaten vor, die bis Anfang 2015 ausgewertet werden.

Eine Veröffentlichung der Ergebnisse in einem Forschungsbericht ist für 2015 geplant.

Integration von Asylberechtigten nach Art. 16a Grundgesetz und anerkannten Flüchtlingen gemäß § 60 Abs. 1 AufenthG

Projektverantwortliche: Dr. Susanne Worbs, Eva Bund

Von 2008 bis 2012 sind in Deutschland fast 39.000 Menschen als Asylberechtigte anerkannt worden oder haben einen Status gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention erhalten. Dies bedeutet, dass sie für sich und ihre Angehörigen eine langfristige Perspektive in der Bundesrepublik entwickeln können. Bislang ist jedoch kaum bekannt, wie sich die Lebenssituation dieses Personenkreises nach einigen Jahren des Aufenthalts in Deutschland gestaltet. Denn die Forschung zum Thema Asyl und Flüchtlinge richtet sich traditionell vor allem auf die Zuwanderung selbst, die Asylpolitik und auf die Situation von Asylbewerbern im Verfahren bzw. nach einer Ablehnung des Asylantrags.

Daher wurden im Jahr 2014 frühere Asylbewerber aus sechs Herkunftsländern (Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Sri Lanka und Syrien) schriftlich befragt. Die betreffenden Personen sind in den Jahren 2008 bis 2012 als Asylberechtigte bzw. Flüchtlinge mit Status nach der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt worden. Die Stichprobenziehung erfolgte Ende 2013 über das Ausländerzentralregister. Ausgewählte Ausländerbehörden wurden Anfang 2014 gebeten, bei der Adressbeschaffung des interessierenden Personenkreises zu helfen. An der bundesweiten, quantitativ-standardisierten Befragung im 3. Quartal 2014 haben sich fast 3.000 Personen beteiligt, was einem bereinigten Rücklauf von über 50 % entspricht.

Die Untersuchung erfasst vor allem den gegenwärtigen Stand der Integration in verschiedenen Lebensbereichen. Daneben finden sich Daten zum Integrationsverlauf (z. B. Stationen der Arbeitsmarktpartizipation) und zur Nutzung

institutioneller Integrationsangebote, wie dem Integrationskurs. Damit sollen zum einen mögliche spezifische Schwierigkeiten von Flüchtlingen im Integrationsprozess erkannt werden. Zum anderen lassen sich auf dieser Basis Empfehlungen für zielgruppengerechte integrationspolitische Maßnahmen ableiten. Innovativ ist dabei der quantitativ-standardisierte und bundesweite Ansatz, da sich bisherige Untersuchungen zu diesem Themenkreis überwiegend einer qualitativen Methodik bedienten und häufig nur auf einzelne Kommunen bezogen waren.

Für das Jahr 2015 ist die Eingabe der Daten geplant, so dass – nach der Datenprüfung – ein analysefähiger Datensatz etwa im zweiten Quartal 2015 vorliegen soll. Die Berichterstattung schließt sich dann bis Ende des Jahres 2015 an.

Ergebnisse der Studie werden voraussichtlich Anfang 2016 vorliegen.

Flüchtlingsaufnahme (Resettlement): Untersuchung der Integration von besonders Schutzbedürftigen

Projektverantwortliche: Tatjana Baraulina, Maria Bitterwolf, Inara Stürckow

Im Mittelpunkt des Projektes steht eine Analyse der Integration von Flüchtlingen, die im Rahmen des Resettlement-Programms in Deutschland Aufnahme gefunden haben. Dabei geht es vorrangig um die Frage, wie die Flüchtlinge trotz belastender biografischer Kriegs- und Fluchterfahrungen und in einer zunächst unbekanntem soziokulturellen Umwelt ihre gesellschaftliche Teilhabe gestalten. Dabei sollen insbesondere Einflüsse erkannt werden, welche die Integrationsmotivation von Flüchtlingen fördern (wie etwa die Rolle der Integrationspaten oder der Integrationskurse). Es sollen aber auch Faktoren identifiziert werden, die demotivierend auf die Betroffenen wirken und zu einer abwartenden, inaktiven Haltung oder gar einer negativen Beurteilung der eigenen Situation in Deutschland beitragen.

Die Analyse von subjektiven Wahrnehmungen des Resettlement- und des Integrationsprozesses soll es erlauben, Empfehlungen für das Resettlement-Verfahren und die Integrationsförderung auszusprechen, welche vor allem die Bedürfnisse der Betroffenen berücksichtigen.

Im Fokus der Analyse stehen folgende Integrationsdimensionen:

- Die *kognitive Dimension* umfasst vor allem Bemühungen zum Erwerb der deutschen Sprache.
- Bei der *strukturellen Dimension* geht es um Bemühungen, eigene Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen; um die Einschätzung der eigenen Wohnsituation; um den Zugang zur Gesundheitsversorgung sowie um das Engagement der Eltern für den Bildungserfolg der Kinder.
- Die *soziale Dimension* beinhaltet vor allem Kontakte sowohl zu Zuwanderern als auch zu Deutschen.
- Bei der *identifikativen Dimension* handelt es sich um das subjektive Wohlbefinden der Betroffenen und um die Einschätzungen ihrer Zukunftsaussichten in Deutschland.

Die Integration der Resettlement-Flüchtlinge wird im Zeitverlauf beobachtet. Deshalb werden mit den Betroffenen qualitative Leitfadeninterviews geführt, die sich auf drei Lebensphasen – Fluchtphase, Ankunftsphase und Einstiegsphase – beziehen.

Um möglichst valide Ergebnisse zu erzielen, werden Personen befragt, die im Rahmen des Resettlement-Verfahrens in verschiedenen Gruppen (Kohorten) nach Deutschland gekommen sind. Das Projekt teilt sich daher in zwei Teilprojekte auf.

Teilprojekt I untersucht den Integrationsverlauf von Personen, die im Jahr 2012 aufgenommen wurden. Im Rahmen einer retrospektiven Befragung wurden 24 Flüchtlinge befragt. Die Interviews fokussierten auf die Integrationsverläufe der Betroffenen in den oben genannten Lebensabschnitten. Um die Integrationsbedingungen der Resettlement-Flüchtlinge vor Ort zu erfassen, wurden zudem 8 Experteninterviews mit Akteuren der Integrationsförderung auf kommunaler Ebene durchgeführt.

Teilprojekt II beschäftigt sich mit den Personen, die Ende 2014 Aufnahme gefunden haben. Der Integrationsverlauf dieser Personen wird prospektiv beobachtet. Das heißt, die Resettlement-Flüchtlinge sollen insgesamt zweimal befragt werden. Zum ersten Mal direkt nach der Einreise und dann ein Jahr nach der Einreise. In der Erstbefragung wurden knapp 50 Interviews durchgeführt, während in der Zweitbefragung 25 Interviews mit Flüchtlingen und bis zu 10 Interviews mit kommunalen Integrationsexperten vorgesehen sind.

Die Innenministerkonferenz hat für 2015 eine quantitative Ausweitung des Resettlement-Programms beschlossen. Begleitend hierzu sollen Erkenntnisse aus der Resettlement-Studie in die Vorschläge des Bundes zur Weiterentwicklung des Resettlement-Programms einfließen.

Die Studie soll bis Ende 2016 abgeschlossen werden.

Repräsentativbefragung ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland (RAM 2015)

Projektverantwortliche: Dr. Anja Stichs, Daniel Dwars, Dr. Christian Babka von Gostomski

RAM 2015 knüpft konzeptionell und inhaltlich an die ebenfalls vom BAMF durchgeführte Studie „Repräsentativbefragung ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland aus den Jahren 2006/2007 (RAM 2006/2007)“ an. Wie in der Vorgängerstudie werden bei RAM 2015 verschiedene Integrationsaspekte untersucht. Um aktuellen Entwicklungen im Migrationsgeschehen gerecht zu werden, werden jedoch teilweise andere Herkunftsgruppen berücksichtigt. Polnische und türkische Staatsangehörige werden in beiden Studien betrachtet, rumänische Staatsangehörige sowie Deutsche mit türkischem Migrationshintergrund wurden neu aufgenommen.

Zu Rumänen und deren Integration in Deutschland liegen nur vereinzelte und zumeist nicht repräsentative Ergebnisse vor. Auch in Deutschland lebende Polen sind nur selten im Fokus großer repräsentativer Studien. Dies ist umso verwunderlicher, da beide Gruppen in den letzten Jahren vergleichsweise hohe Zuwanderungszahlen aufwiesen. Insbesondere über diese „Neuzuwanderer“ und deren längerfristige Integration in Deutschland ist vergleichsweise wenig bekannt.

Fast immer, wenn in Deutschland Integrationsaspekte diskutiert werden, wird ein besonderes Augenmerk auf die türkeistämmige Bevölkerungsgruppe als weiterhin deutlich größte Gruppe mit Zuwanderungsgeschichte gelegt (2011: fast 3 Mio. türkeistämmige Personen in Deutschland). Deswegen erscheint es sinnvoll, auch diese wieder vergleichend in den Fokus zu nehmen, um anhand neuer Daten deren Fortschritte bei der Integration abschätzen zu können.

Ziel der Studie ist, Datengrundlagen für Betrachtungen zum Integrationsstand von ausgewählten Migrantengruppen zu schaffen sowie die Entwicklung des Standes

der Integration zu analysieren. Thematisiert werden beispielsweise die Bildung, die Berufsausbildung sowie die berufliche Situation. Ebenso werden Informationen zur Sprache, zur Wohnsituation, zur familiären Situation, zur Partizipation und zu Kontakten zu Deutschen sowie zur Herkunftsgruppe erhoben. Weitere Aspekte der Befragung betreffen die Bindung an Deutschland und das Heimatland, die Religion und den Umgang mit Problemen in Deutschland, etwa über Beratungsanspruchen. Zudem wird überlegt, erstmals wenige Fragen zur ethnischen Selbstbeschreibung (etwa Roma) sowie zu Einstellungen gegenüber anderen Zuwanderergruppen und/oder zum Antisemitismus aufzunehmen.

Für 2015 ist eine bundesweite repräsentative, quantitative Erhebung mit standardisierter face-to-face-Befragung vorgesehen. Aus statistisch-wissenschaftlichen Gründen wird eine zu große Aufsplitterung von einzelnen Nationalitätengruppen vermieden, da dann Unteranalysen (wie etwa für männliche Polen) aufgrund zu geringer Fallzahlen nicht aussagekräftig sind. Es soll daher die Fallzahl für jede Untergruppe nach Geschlecht möglichst 300 Personen nicht unterschreiten (also jeweils 300 männliche Polen, 300 weibliche etc., insgesamt rund 2.400 Befragte).

Um ein breites migrations- und integrationsrelevantes Themenspektrum in Grundzügen wie bei RAM 2006/2007 abzudecken, wird ein etwa 40 Minuten langes Interview anvisiert. Das Befragungsinstrument ist in den Kernfragestellungen mit jenem von RAM 2006/2007 vergleichbar, um Zeitvergleiche von 2006/2007 zu 2015 vornehmen zu können.

Im Jahr 2014 wurden (datenschutz-)rechtliche Fragen geklärt, der Fragebogen entwickelt, das Stichprobenverfahren konzipiert und die Ausschreibung der eigentlichen Befragung, die ein externes Sozialforschungsinstitut übernehmen wird, weitgehend abgeschlossen. Nachdem bis etwa Anfang 2015 ein innovatives, vorgelagertes Stichprobenverfahren über rund 90 Einwohnermeldeämter abgeschlossen wird, kommt es 2015 zur Durchführung der Befragung RAM 2015. Daran schließt sich im Jahr 2016 die Berichterstattung an.

2.3 Forschungsschwerpunkt Zu- und Abwanderung, Zuwanderungssteuerung

Soziale Absicherung von Drittstaatsangehörigen in Deutschland (EMN-Studie siehe auch 5.1)

Projektverantwortliche: Dr. Andreas Müller,
Dr. Matthias M. Mayer, Nadine Bauer

Die Studie widmet sich dem Zugang von Drittstaatsangehörigen zur beitragsfinanzierten gesetzlichen Sozialversicherung sowie zu den steuerfinanzierten Fürsorgesystemen in Deutschland. Während die Leistungen der Sozialversicherung (GRV und ALV, in Teilen die GKV) eine statuskonforme Absicherung ermöglichen, deren Höhe anteilig zum erzielten Erwerbseinkommen berechnet wird, soll die Grundsicherung das soziokulturelle Existenzminimum gewährleisten.

Die Studie analysiert, unter welchen Voraussetzungen Drittstaatsangehörige Zugang zu einzelnen Sozialleistungen erhalten und welche aufenthaltsrechtlichen Konsequenzen daraus erwachsen können. Der Sozialleistungsbezug von Drittstaatsangehörigen ist teilweise ausgeschlossen; dort, wo Drittstaatsangehörige leistungsberechtigt sind, kann der Leistungsbezug abhängig von Aufenthaltstitel und Art der Sozialleistung aufenthaltsrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Vor dem Hintergrund einer zunehmenden grenzüberschreitenden Mobilität stellt die Übertragbarkeit von Sozialleistungsansprüchen eine migrationspezifische Herausforderung moderner Sozialstaaten dar. Um hier für Rechtssicherheit zu sorgen und dem mobilitätsbedingten Verlust von Versicherungsansprüchen vorzubeugen, hat Deutschland eine Vielzahl an bilateralen Sozialversicherungsabkommen mit Drittstaaten geschlossen.

Plastisch veranschaulicht wird die soziale Absicherung von Drittstaatsangehörigen durch drei Fallbeispiele, die verschiedene soziale Notlagen mit unterschiedlichen aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen verbinden.

Veröffentlichung im Jahr 2014

Müller, Andreas/Mayer, Matthias M./Nadine Bauer (2014): Soziale Absicherung von Drittstaatsangehörigen in Deutschland Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN), Working Paper 57, Nürnberg.



Wirksamkeit von Wiedereinreiseperrren und Rückübernahmeabkommen (EMN-Studie siehe auch 5.1)

Projektverantwortlicher: Dr. Martin Kohls

In der Studie werden die gesetzlichen Grundlagen sowie die Verfahrensweise bei (Wieder-)Einreiseperrren für Drittstaatsangehörige beschrieben sowie der Umfang und die Struktur der an bundesdeutschen Grenzen festgestellten Personen mit (Wieder-)Einreiseperrre dargestellt. Zudem werden die vorhandenen Rückübernahmeabkommen benannt und deren Umfang und Inanspruchnahme aufgezeigt.

Die Durchsetzung der Ausreisepflicht sowie die in diesem Zusammenhang kraft Gesetzes entstehenden Wiedereinreiseperrren obliegen den mit dem Vollzug des Ausländerrechts beauftragten Behörden.

Im Jahr 2013 sind bei einer Anzahl von fast 500.000 mit einer Einreiseperrre registrierten Personen vergleichsweise wenig Verstöße gegen Wiedereinreiseperrren an den Grenzen festzustellen (Zurückweisung: 413 Personen;

Zurückschiebung: 4.498). Auch der Anteil der gemeldeten Wiedereinreisen bei geförderten freiwilligen Rückkehrern über die Programme REAG/GARP ist mit 2,0 Prozent (2012) gering.

Durch Rückübernahmeabkommen werden bestehende völkergewohnheitsrechtliche Verpflichtungen zur Rückübernahme eigener Staatsangehöriger konkretisiert. Derzeit gelten 13 Rückübernahmeabkommen, die Deutschland bilateral mit Drittstaaten abgeschlossen hat. Neben bilateralen Abkommen existieren solche Verträge auch auf gemeinschaftlicher Ebene. Mit 14 Staaten sind entsprechende EU-Rückübernahmeabkommen bereits in Kraft getreten.

Veröffentlichung im Jahr 2014

Kohls, Martin (2014): Wirksamkeit von Wiedereinreisesperren und Rückübernahmeabkommen. Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN), Working Paper 58, Nürnberg.



Abschiebungshaft und Alternativen zur Abschiebungshaft in Deutschland (EMN-Studie siehe auch 5.1)

Projektverantwortlicher: Janne Grote

Die Studie beschäftigt sich mit den administrativen und organisatorischen Rahmenbedingungen der Abschiebungs-, Zurückschiebungs- und Zurückweisungshaft, den Bedingungen in Abschiebungshafteinrichtungen sowie den möglichen alternativen Zwangsmaßnahmen zur Durchsetzung einer Abschiebung, Zurückschiebung oder Zurückweisung.

Aus der föderalen Struktur Deutschlands sowie der zunehmenden EU-Integration heraus ergibt sich eine komplexe rechtliche und behördliche Organisationsstruktur bei Fragen der Inhaftierung von Drittstaatsangehörigen. Einige Länder haben die Vorgaben im Aufenthaltsgesetz sowie den Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zum Aufenthaltsgesetz durch Ländererlasse und -gesetze ergänzt und spezifiziert. Generell ist das Verhältnismäßigkeitsprinzip zu wahren, und die Inhaftnahme darf nur als letztes Mittel Anwendung finden, wenn keine milderen, ebenfalls ausreichenden Mittel zur Sicherung der Abschiebung zur Verfügung stehen.

Im Jahr 2013 befanden sich über das gesamte Jahr verteilt mehr als 4.300 Personen in Abschiebungs-, Zurückschiebungs- und Zurückweisungshaft der Länder. Die Zahl ist seit 2008 insgesamt rückläufig. Die durchschnittliche Haftdauer betrug im selben Jahr in den Ländern, die Daten zur Verfügung stellten, zwischen 17,5 und 37 Tagen.

Die Unterbringung von Abschiebungshäftlingen findet in einigen Bundesländern in getrennten Abschiebungshafteinrichtungen in Justizvollzugsanstalten statt (Stand 25. Juli 2014), während andere Bundesländer spezielle Abschiebungshafteinrichtungen geschaffen haben. Einige Bundesländer kooperieren zudem bei der Unterbringung von Abschiebungshäftlingen. Die Haftbedingungen in den Ländern sind insbesondere dadurch geprägt, dass die Abschiebungshaft bisher sowohl in speziellen Abschiebungshafteinrichtungen als auch in Abschiebungshafteinrichtungen in Justizvollzugsanstalten vollzogen wird. Sie gestalten sich im Rahmen der bundesgesetzlichen Vorgaben unterschiedlich. Am 17. Juli 2014 urteilte der EuGH, dass sich ein Mitgliedstaat nicht auf das Fehlen spezieller Hafteinrichtungen in einem Teil seines Hoheitsgebiets berufen darf, um abzuschickende Drittstaatsangehörige getrennt von Strafgefangenen in gewöhnlichen Haftanstalten unterzubringen, sofern im Mitgliedstaat als Ganzes eine spezielle Hafteinrichtung vorhanden ist. Die Umsetzung der Entscheidung des EuGH wird von den zuständigen Ministerien geprüft.

Bei den Alternativen zur Abschiebungshaft handelt es sich einerseits um weithin institutionalisierte Verfahren, die entweder auf alle ausreisepflichtigen Personen (Passenzug) oder bestimmte Personengruppen (unbegleitete Minderjährige) angewandt werden. Andererseits können die zuständigen Behörden aber auch im Einzelfall alternative Zwangsmaßnahmen (Ordnungsverfügungen) bestimmen (z. B. eine Kautionszahlung). In einigen Bundesländern verfügen die Behördenmitarbeiter darüber hinaus über einzelne weitere alternative Zwangsmaßnahmen (z. B. Bürgschaftszahlungen oder die Übergabe in den Verantwortungsbereich von Vertrauenspersonen). Bei allen Alternativen ist jeweils die Frage zu stellen, inwieweit sie in der Praxis ihren Zweck, die Abschiebung zu sichern, auch tatsächlich erfüllen können.

Veröffentlichung im Jahr 2014

Grote, Janne (2014): Abschiebungshaft und Alternativen zur Abschiebungshaft in Deutschland. Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN), Working Paper 59, Nürnberg.



Unbegleitete Minderjährige in Deutschland (EMN-Studie siehe auch 5.1)

Projektverantwortliche: Dr. Andreas Müller

Die Fokus-Studie befasst sich mit unbegleiteten Minderjährigen in Deutschland. Minderjährige Drittstaatsangehörige, die ohne Begleitung ihrer Eltern nach Deutschland einreisen und sich hier aufhalten, stellen eine besonders schutzbedürftige Gruppe dar, unabhängig davon, ob ein Schutzgesuch gestellt wird. Sie reisen in der Regel illegal nach Deutschland ein und werden bei einem Aufgriff durch das Jugendamt in Obhut genommen, falls keine Zurückschiebung an der Grenze erfolgt. Sie sind in Bezug auf das gesamte Migrationsgeschehen zwar nur eine kleine Gruppe unter den Drittstaatsangehörigen; ihre Zahl steigt jedoch seit Jahren kontinuierlich an.

Während 2008 lediglich 763 unbegleitete Minderjährige einen Asylantrag stellten, suchten 2013 bereits 2.486 unbegleitete Minderjährige Schutz in Deutschland. Die meisten von ihnen kamen aus Afghanistan (690), Somalia (355), Syrien (285), Eritrea (140) und Ägypten (120). Auch bei der Schutzquote ist ein Anstieg zu verzeichnen: Diese lag 2010 bei 36,3 %; dagegen entschied das Bundesamt 2013 bei 56,6 % der unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden auf Flüchtlingsschutz, Asyl, subsidiären Schutz oder Abschiebungsverbote.

Um eine Bleibeperspektive zu erhalten, steht ihnen zum einen der Weg über das Asylverfahren offen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) verfügt über speziell geschulte Sonderbeauftragte für unbegleitete Minderjährige, die eine kindgerechte Anhörung im Asylverfahren gewährleisten sollen und bei der Entscheidung über den Asylantrag kindspezifische Aspekte berücksichtigen. Zum anderen stellen ihnen die Ausländerbehörden – unter den entsprechenden Voraussetzungen – in der Regel eine Duldung aus, die in einen längerfristigen Aufenthalt münden kann, wenn sie beispielsweise eine Schul- oder Berufsausbildung abschließen. Hierzu verfügt die Jugendhilfe über eine Vielzahl möglicher Unterstützungsleistungen. In der praktischen Umsetzung ergibt sich jedoch ein Spannungsfeld zwischen Jugendhilferecht und Aufenthaltsrecht.

Die Leistungen der Jugendhilfe sind nicht auf Minderjährige beschränkt, die einen Asylantrag stellen. In den Fällen, in denen Unterstützung durch die Jugendhilfe erfolgt, kann es auch bei einem abgelehnten Asylantrag zu einer Bleibeperspektive über den Eintritt der Volljährigkeit hinaus kommen. Werden unbegleitete Minderjährige dennoch ausreisepflichtig, genießen sie einen besonderen Schutz bei Inhaftierung und Abschiebung.

Die Studie basiert hauptsächlich auf Auswertungen bereits existierender Berichte zu ausgewählten Aspekten des Themas sowie auf Analysen der einschlägigen rechtlichen Bestimmungen. Darüber hinaus wurden aktuelle Statistiken zu den einzelnen Themenbereichen aufbereitet.

Veröffentlichung im Jahr 2014

Müller, Andreas (2014): Unbegleitete Minderjährige in Deutschland. Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN), Working Paper 60, Nürnberg.



Mobilitätsbestimmungen für Investoren, Selbstständige und sonstige Wirtschaftsvertreter in Deutschland (EMN-Studie siehe auch 5.1)

Projektverantwortlicher: Michael Vollmer

In der Fokus-Studie werden die aufenthaltsrechtlichen und organisatorischen Grundlagen erörtert, die es Investoren, Selbstständigen und anderen Wirtschaftsvertretern aus Drittstaaten ermöglichen, in Deutschland zu investieren und/oder ein Unternehmen zu gründen. Neben dem definitorischen Rahmen, ausländerrechtlichen Aspekten, den Grundlinien der Raum- und Strukturpolitik sowie der Innovationsförderung, dem Stellenwert von Investitionsplänen und der Bedeutung bilateraler Abkommen werden

auch die Akteure in der Investorenakquise und die aktuelle Informationspolitik behandelt.

Dass es sich hierbei um keine unbedeutende Migrantengruppe handelt, zeigt die Entwicklung der Zahlen: Zwar liegen für die Zahl der in Deutschland aufhältigen Investoren aus Drittstaaten keine statistischen Erkenntnisse vor, aber dafür sind die Einreise- und Aufenthaltszahlen für selbstständige Unternehmer in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Lag die Zahl der auf Grundlage von § 21 AufenthG eingereisten Selbstständigen im Jahr 2009 bei 1.024, so stieg deren Zahl auf 1.690 im Berichtsjahr 2013. Eine ähnliche Entwicklung gab es im Bereich des internationalen Personalaustauschs, in dem ein kontinuierlicher Anstieg von 4.429 im Jahr 2009 auf 7.815 im Jahr 2013 zu beobachten war.

Insgesamt gilt, dass ausländische Investitionen für den Wirtschaftsstandort Deutschland von kaum zu unterschätzender Bedeutung sind. Gleiches gilt für die Vielzahl an Unternehmen, die hierzulande von Drittstaatsangehörigen gegründet und geführt werden, nicht nur, weil sie durch ihre Tätigkeiten zum Steuer- und Abgabenaufkommen beitragen, sondern auch, weil viele von ihnen Familienangehörige, Mitarbeiter und Auszubildende beschäftigen. Sie erbringen dadurch sowohl eine wichtige Integrationsleistung als auch einen mittel- bis langfristigen Beitrag zur Sicherung der Fachkräftebasis.

Eine Veröffentlichung der Studie ist für Anfang 2015 geplant.

Die vier aufgeführten Studien wurden von der deutschen EMN-Kontaktstelle im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge als Teilberichte zu europäisch-vergleichend angelegten Studien erarbeitet und aus EU-Mitteln kofinanziert. Die Studien liegen auch in englischer Fassung vor. Syntheseberichte auf Grundlage der Beiträge aller beteiligten EU-Staaten wurden entweder seitens des EMN in Brüssel bereits veröffentlicht oder werden in den kommenden Monaten veröffentlicht (s. a. 5.1.).

Abwanderung von (qualifizierten) Personen mit Migrationshintergrund aus Deutschland

Projektverantwortliche: Dr. Stefan Alscher, Tatjana Baraulina, Bettina Müller, Johannes Oberfell

Aufgrund der demographischen Entwicklung wird es in Deutschland zunehmend von Bedeutung sein, Fachkräfte auszubilden und im Land zu halten sowie zusätzliche Fachkräfte aus dem Ausland anzuwerben. Die Wanderungszahlen der letzten Jahre lassen jedoch befürchten,

dass eine nicht unbeträchtliche Abwanderung von Fachkräften und vor allem von Akademikerinnen und Akademikern erfolgt. Dies betrifft sowohl Deutsche mit und ohne Migrationshintergrund als auch Ausländerinnen und Ausländer.

In den vergangenen Jahren wurde insbesondere der Thematik rund um die Abwanderung (hoch)qualifizierter Türkeistämmiger aus Deutschland in die Türkei eine steigende Aufmerksamkeit zuteil. Die Diskussion wurde vor allem anhand von Studienergebnissen zu Abwanderungsabsichten geführt. Verlässliche Informationen über die tatsächlich stattfindende Abwanderung und die konkreten Gründe ließen sich hieraus jedoch nicht gewinnen. Daher war eine umfassende Beleuchtung der tatsächlichen Abwanderung und der Beweggründe bereits abgewanderter Personen notwendig. Ziel des Projekts war es entsprechend, sowohl Umfang und soziodemographische Zusammensetzung der abgewanderten Türkeistämmigen aus Deutschland zu untersuchen als auch die Motive potenzieller und tatsächlicher Abwanderer im Vergleich zu erfassen. Das Projekt wurde von der Beauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration mit initiiert und gemeinsam mit Kollegen aus der Türkei und dem Vereinigten Königreich durchgeführt.

Der aus dem Projekt hervorgegangene Sammelband zeigt zunächst mit einer Analyse türkischer Zensen die Komplexität des deutsch-türkischen Wanderungsgeschehens. Auf der Grundlage von Daten der Wanderungsstatistik des Ausländerzentralregisters folgt eine Analyse zu Umfang und Struktur (Alter, Geschlecht, und weitere Merkmale) der Abwanderung Türkeistämmiger aus Deutschland. Mit Blick auf die Unterschiede zwischen Abwanderungsabsichten und tatsächlichen Abwanderungsgründen werden zudem Ergebnisse einer Befragung von Türkeistämmigen Abwanderern mit deutschem Schulabschluss in der Türkei präsentiert sowie die Ergebnisse verschiedener Studien, die sowohl Abwanderungsabsichten als auch tatsächliche Gründe für Abwanderung erfasst haben, diskutiert.

Die Ergebnisse der Studie wurden 2014 veröffentlicht.

Veröffentlichung im Jahr 2014

Alscher, Stefan/Kreienbrink, Axel (Hg.) (2014): Abwanderung von Türkeistämmigen: Wer verlässt Deutschland und warum? Beiträge zu Migration und Integration, Band 6. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.



Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedstaaten

Projektverantwortliche: *Elisa Hanganu, Dr. Stephan Humpert, Dr. Martin Kohls*

Die Studie analysiert umfassend Zuwanderungs- und Arbeitsmarktdaten von Bulgaren und Rumänen in Deutschland und anderen EU-Staaten. Die Rahmenbedingungen in den Herkunfts- und Zielländern werden im Kontext der EU-Osterweiterung sowie der Wirtschafts- und Finanzkrise untersucht. Dabei zeigt die Studie: Für die Mehrheit der fortziehenden Personen aus den 2007 der EU beigetretenen Ländern Rumänien und Bulgarien sind ökonomische Gründe ausschlaggebend, vor allem die schlechteren Berufschancen und geringeren Löhne. Die hohe Erwerbsorientierung zeigt sich auch nach der Auswanderung.

Nach der Einführung der vollständigen EU-Freizügigkeit für die Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien zum 1. Januar 2014 ist in den folgenden vier Monaten die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Bulgaren und Rumänen in Deutschland mit rund +52.000 Personen sogar stärker gewachsen als sich die Bevölkerung aus Bulgarien und Rumänien in Deutschland erhöht hat (+40.000). So haben neben Neuzuwanderern auch viele Staatsangehörige der EU-2 Länder eine abhängige Beschäftigung aufgenommen, die bereits in Deutschland gelebt haben, aber vorher keiner regulären Erwerbstätigkeit nachgegangen sind oder selbstständig waren.

Die bulgarischen und rumänischen Zuwanderer stellen nicht nur bei den traditionell häufig ausgeübten saisonalen Tätigkeiten, sondern auch auf dem qualifizierten Arbeitsmarkt gefragte Fachkräfte dar. Hiervon profitieren regional insbesondere Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen sowie sektoral die Land-/Forstwirtschaft, Dienstleistungs- und Gastgewerbe sowie der Gesundheitssektor.

Die zukünftige Entwicklung des Zuzugs und der Arbeitsmarktintegration von Rumänen und Bulgaren ist weiterhin von verschiedenen Faktoren abhängig. Sie wird vorwiegend beeinflusst von wirtschaftlichen, aber auch von demographischen Rahmenbedingungen in den Herkunftsländern und im aktuellen Hauptzielland Deutschland sowie den Bedingungen in alternativen Zielländern wie Italien und Spanien.

Die Studie wurde in der zweiten Jahreshälfte 2014 veröffentlicht.

Veröffentlichung im Jahr 2014

Hanganu, Elisa/Humpert, Stephan/Kohls, Martin (2014): Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedstaaten Bulgarien und Rumänien; Forschungsbericht 24, Nürnberg.



Beschäftigung ausländischer Absolventen deutscher Hochschulen. Ergebnisse der BAMF-Absolventenstudie 2013

Projektverantwortliche: Elisa Hanganu, Barbara Heß

Das durchgeführte Forschungsprojekt umfasste Auswertungen der Daten des Ausländerzentralregisters sowie zwei im Jahr 2013 erstmalig durchgeführte Befragungen. Aus Drittstaaten stammende ehemalige Inhaber eines Aufenthaltstitels zu Studienzwecken (§ 16 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz), die sich weiterhin in Deutschland aufhalten, wurden repräsentativ befragt, während unter den ins Ausland Zurückgekehrten eine nicht-repräsentative Befragung erfolgte.

Mittels Auswertungen des Ausländerzentralregisters wurde erstmals der Verbleib von ausländischen Studierenden in Deutschland über einen längeren Zeitraum betrachtet und eine vergleichsweise hohe Bleibequote ermittelt. Demnach lebten etwa 56 % der Drittstaatsangehörigen, die im Zeitraum von Januar 2005 bis September 2012 in Deutschland studiert haben und deren Aufenthaltsstatus sich verändert hat, im September 2013 noch in Deutschland. Von ihnen hatten rund 6 % eine Aufenthaltserlaubnis zur Arbeitsplatzsuche, 24 % zur Erwerbstätigkeit, 31 % aus familiären Gründen und 20 % einen anderen (z. B. unbefristeten) Aufenthaltstitel, während 19 % zwar einen Titel beantragt, aber diesen noch nicht erhalten hatten.

Von den rund 20.400 angeschriebenen Personen der Absolventenbefragung 2013 gingen mittels Online-Befragung 4.542 auswertbare Fragebögen ein. Hauptherkunftsländer der drittstaatsangehörigen Befragten sind die Volksrepublik China, die Russische Föderation, die Ukraine, die Türkei, Indien, Marokko und Kamerun. Geantwortet haben ungefähr gleich viele Frauen wie Männer, die größtenteils zwischen 25 und 40 Jahre alt waren.

Die Ergebnisse der Online-Befragung zeigen, dass die Befragten überwiegend gut in den deutschen Arbeitsmarkt integriert sind. 85 % waren zum Befragungszeitpunkt erwerbstätig, wobei der Großteil einer bezahlten Vollzeitstätigkeit nachgeht und mit verschiedenen Aspekten der Berufstätigkeit überwiegend zufrieden ist. 38 % der Berufstätigen arbeiten als Akademiker in einem MINT-Beruf.

Als die entscheidenden Migrationsfaktoren sehen die Befragten vor allem die universitäts- (Qualität der Hochschule, Auslandserfahrung sammeln) und berufsbezogenen (Karriereplanung, Einkommensniveau, allgemeine ökonomische Lage) Kriterien an. Wichtig sind aber auch individuelle private Gründe. Familienbezogene Faktoren spielen eine geringere Rolle, ebenso wie vorhandene Deutschkenntnisse bzw. Kontakte oder die Nähe zum Herkunftsland. Zu den Gründen, nach dem Studium in Deutschland zu bleiben, gehören in erster Linie arbeitsplatzbezogene Kriterien (Sammeln von Berufserfahrungen, Einkommensniveau, Chancen auf dem Arbeitsmarkt) und generell die Lebensqualität in Deutschland.

Insgesamt sind die Befragten mit ihrem Leben in Deutschland überwiegend zufrieden oder sehr zufrieden (81 %) und fühlen sich in Deutschland sicher. Willkommen oder sehr willkommen fühlen sich insgesamt jedoch nur 63 %. Fast ein Drittel plant, für immer in Deutschland zu bleiben. Weitere 43 % planen einen Aufenthalt von mindestens zehn Jahren und 19 % zwischen fünf und neun Jahren, während 7 % auf einen (zunächst) kurzfristigen Aufenthalt eingestellt sind.

Die Veröffentlichung der Projektergebnisse erfolgte im 2. Quartal 2014.

Veröffentlichung im Jahr 2014

Hanganu, Elisa/Heß, Barbara (2014): Beschäftigung ausländischer Absolventen deutscher Hochschulen – Ergebnisse der BAMF-Absolventenstudie 2013; Forschungsbericht 23, Nürnberg.



Erwerbsmigration von „Blaue Karte EU“-Inhabern in Deutschland

Projektverantwortliche: Elisa Hanganu, Barbara Heß

Um die Zuwanderung von gut qualifizierten Erwerbspersonen zu erleichtern, wurde im Rahmen der Umsetzung der EU-Hochqualifiziertenrichtlinie (2009/50/EG) im August 2012 ein neuer Aufenthaltstitel nach § 19a AufenthG für diese Zielgruppe eingeführt. Voraussetzungen für den Erhalt der Blauen Karte EU sind der Nachweis eines Hochschulabschlusses, eines vorliegenden Arbeitsvertrags in Deutschland und ein damit zu erzielendes Mindestgehalt (2014 für Regelberufe 47.600 Euro, für Mangelberufe – insbesondere MINT-Berufe und Ärzte – 37.128 Euro). Zum Stichtag 30. September 2014 waren rund 18.800 Personen mit einer Blauen Karte EU in Deutschland registriert, über deren Migrationsgeschichte sowie aktuelle Situation bislang keine repräsentativen Erkenntnisse vorliegen.

Um Informationen über die berufliche Qualifikation und Tätigkeit, die Zuwanderungsmotive und Bleibeabsichten sowie die Situation der Familienangehörigen der Befragten zu ermitteln, wurde im Rahmen des Forschungsprojekts in der zweiten Jahreshälfte 2014 eine Online-Befragung durchgeführt. An dieser hat eine repräsentative Anzahl der in Deutschland aufhältigen Inhaber der Blauen Karte EU teilgenommen. Deren Antworten werden im weiteren Verlauf des Forschungsprojekts ausgewertet und im Hinblick auf die Eignung der Blauen Karte EU und ihrer rechtlichen Rahmenbedingungen für die Zuwanderung Hochqualifizierter analysiert. Es erfolgt in diesem Zusammenhang auch die Darstellung der Rechtslage in Deutschland nach Umsetzung der EU-Hochqualifiziertenrichtlinie sowie der Maßnahmen zur Gewinnung von Fachkräften insbesondere in den Berufen mit erhöhtem Bedarf. Auf Basis der Erkenntnisse zu den unterschiedlichen Herkunfts- und Berufsgruppen sowie Migrationsmotiven und Bleibefaktoren können Handlungsempfehlungen für eine Optionierung der Zuwanderungssteuerung und der Integrationsmöglichkeiten – auch für die Angehörigen der Inhaber der Blauen Karte – formuliert werden.

Eine Publikation der Studie ist für Anfang 2016 geplant.

Fachkräftezuwanderung im internationalen Vergleich

Projektverantwortlicher: Dr. Stephan Humpert

Die Gewinnung von Fachkräften stellt alle hochentwickelten Volkswirtschaften gleichermaßen vor Herausforderungen. Im Zuge des demographischen Wandels öffnen diese Länder den Zugang für ausländische Fachkräfte zu ihren Arbeitsmärkten. Dabei entwickeln sie unterschiedliche Strategien, die teilweise auch historisch bedingt sind. Ziel des Berichts ist es, die unterschiedlichen Herangehensweisen in acht OECD-Ländern (Deutschland, das Vereinigte Königreich, die Vereinigten Staaten, Kanada, Schweden, die Niederlande, Norwegen und Japan) zu vergleichen. Dabei werden sowohl aufenthaltsrechtliche als auch arbeitsmarktpolitische Besonderheiten der einzelnen Länder analysiert. Unter ihnen sind solche mit einer etablierten Tradition als Zu- bzw. Einwanderungsländer, wie die USA und Kanada, aber auch solche wie Japan, die lange auf der Abschottung ihres nationalen Arbeitsmarktes bestanden haben. Deutschland befindet sich historisch zwischen diesen Extremen. Durch die Änderungen der Zuwanderungsregelungen seit 2005 und das Bekenntnis von Politik- und Wirtschaftsvertretern zu einem steigenden Bedarf an qualifizierten Fachkräften aus dem Ausland entwickelt sich die Bundesrepublik zu einem offenen, zuwanderungsfreundlichen Land, welches gerade für Hochqualifizierte einen attraktiven Beschäftigungsort darstellt. Diese Öffnung wird auch seitens der internationalen Forschung anerkannt. Die Erwartung an die Fachkräftezuwanderung als Potenzial zur Linderung von nationalen Bedarfen sollte jedoch nicht überhöht werden. Die Bundesregierung sieht sie vielmehr als flankierende Maßnahme, um kurzfristig auf die ggf. konjunkturelle Nachfrage nach bestimmten Fähigkeiten und Experten zu reagieren. Die Demographiestrategie der Bundesregierung (BMI 2012) wie auch Handlungsempfehlungen zu Maßnahmen der Fachkräftesicherung (BMAS 2011) zielen primär auf die Aktivierung inländischer Potenziale, beispielsweise älterer Arbeitnehmer sowie die Steigerung der Erwerbstätigkeit von Frauen. Dies umfasst auch den Ausbau betrieblicher Aus- und Weiterbildungsangebote sowie des lebenslangen Lernens.

Zu Beginn der Studie wird auf allgemeine Wirkungsweisen der globalen Fachkräftemobilität hingewiesen. Dies erfolgt anhand theoretischer und empirischer Befunde aus der Literatur. In den einzelnen Teilstudien werden der derzeitige Fachkräftebedarf sowie die gesetzgeberischen Anstrengungen zur nationalen Fachkräftegewinnung und -zuwanderung beschrieben. Die Analyse der skizzierten Zuwanderungsmuster auf Basis der IAB Brain Drain-

Datenbank verdeutlichte insbesondere humankapital-spezifische Unterschiede in den einzelnen Ländern. Grob lassen sich hiernach drei Länderkategorien darstellen: Kerneuropa, Randeuropa und Nordamerika sowie Japan. Die zu Kerneuropa gehörenden Länder Deutschland, Schweden und die Niederlande haben einen traditionell hohen Anteil ausländischer Staatsangehöriger mit nur geringem Bildungsniveau. Dieser Anteil nimmt im Zeitablauf jedoch infolge eines Anstiegs insbesondere in der Gruppe der Hochqualifizierten erkennbar ab. Die drei nationalen Zuwanderungssysteme sind nachfrageorientiert, unterscheiden sich aber in ihrer Deutlichkeit. Während in den Niederlanden primär Hochqualifizierte und Zuwanderer mit einem Arbeitsvertrag ins Land kommen, hat man sich in Schweden von der Beschränkung hinsichtlich des Bildungsniveaus gelöst. Beide Länder haben dezidierte Mindesteinkommensschwelle, während in Deutschland erst der neueste Aufenthaltstitel, die Blaue Karte EU, seit 2012 ein Mindestgehalt vorgibt.

Das zu Randeuropa zählende Vereinigte Königreich ist dahingehend eine Ausnahme, dass hier früher als in den anderen Ländern vorrangig der Zuzug Hochqualifizierter stattgefunden hat. Jedoch erfolgte ein vorübergehender Anstieg des Anteils der Geringqualifizierten, ein Phänomen, das sich nicht bei den anderen diskutierten europäischen Ländern findet. Die Verbindung mit den ehemaligen Kolonien räumt dem Vereinigten Königreich eine Sonderrolle unter den europäischen Vergleichsländern ein, mit dem Effekt deutlicher Zuwanderung aus den Staaten des Commonwealth. Das Zuwanderungssystem ist seit der Einführung der „tiers“ im Jahr 2008 darauf ausgerichtet, qualifizierte Zuwanderer mit einer konkreten beruflichen Perspektive ins Land zu holen.

Obwohl Norwegen kein Mitgliedstaat der EU ist, unterscheidet sich die dortige Zuwanderungspolitik nicht gravierend von derjenigen der Unionsstaaten. Wie in den meisten anderen Ländern auch ist das Vorhandensein einer Arbeitsstelle obligatorisch, um als Arbeitsmigrant ins Land kommen zu können. Eine weitere Besonderheit stellt Norwegen dahingehend dar, dass es als einziges Land in dieser Betrachtung mehrheitlich Zuwanderer mit mittlerem Qualifikationsniveau aufnahm.

Die Vereinigten Staaten und Kanada eint, dass sie als „klassische“ Einwanderungsländer eine im Zeitablauf längere Zuwanderungshistorie gerade von Hochqualifizierten bei in etwa konstanten Anteilen von Personen mit mittlerem Qualifikationsniveau haben. Interessant erscheint in dem Zusammenhang, dass die unterschiedlichen Zuwanderungspolitiken der USA und Kanadas zu dem ähnlichen

Ergebnis deutlicher qualifizierter Zuwanderung führen. Gleichzeitig besteht eine Tendenz hin zur Angleichung der Systeme der Migrationspolitik. Die Zuwanderungspolitik in den USA ist eher nachfrageorientiert. Eine Politikänderung in Richtung eines angebotsseitigen Systems wurde zwar diskutiert, aber nicht beschlossen. Das eher angebotsorientierte kanadische Punktesystem wurde hingegen in Richtung eines gemischten bzw. hybriden, d. h. mit Nachfragekomponenten versehenen Systems ergänzt. Eine kanadische Besonderheit ist die Schaffung eigenständiger Regelungen für Provinzen bzw. Territorien, welche es erlauben, bedarfsgerecht Aufenthaltstitel zu vergeben.

Japan stellt in dieser Studie eine Besonderheit dar. Es hat bis in die jüngere Vergangenheit nur geringe Zuwanderung erfahren. Im Jahr 2014 wurde ein Zuwanderungssystem eingeführt, welches primär auf die Gewinnung hochspezialisierter Fachkräfte fokussiert. Dies erfolgt in Form eines spezifischen Punktesystems.

Eine Publikation der Studie ist für Anfang 2015 geplant.

Arbeitskräftezuwanderung von Drittstaatsangehörigen nach Deutschland: Synthese der fünf Befragungen von Arbeitsmigranten zur Bestimmung von Determinanten der Zuwanderung und der Bleibeabsichten

Projektverantwortliche: Barbara Heß, Marie Wälde

Insgesamt wird das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Jahr 2015 fünf Befragungen abgeschlossen haben, die sich an Arbeitsmigranten richten. Hierbei handelt es sich um die Befragungen von

1. Hochqualifizierten nach § 19 AufenthG (2009)
2. Erwerbsmigranten nach § 18 AufenthG (2011)
3. Selbstständigen und Freiberuflern nach § 21 AufenthG (2011)
4. Ehemaligen Studierenden (ehemals Titel nach § 16 Abs.1 AufenthG), die nach dem Studium in Deutschland geblieben sind (2013)
5. Inhabern einer Blauen Karte EU nach § 19a AufenthG (2014)

Bisher liegen zu den ersten vier der fünf Befragungen die Datensätze sowie Working Papers und ein Forschungsbericht mit grundlegenden und deskriptiven Auswertungen vor. Der fünfte Datensatz (geplante Befragung der Zuwanderer mit einer Blauen Karte EU (§ 19a AufenthG) soll im Laufe der Jahre 2014/2015 erstellt werden und wird am Ende des Projektes ebenfalls mit integriert, um eine Gesamtdarstellung zu erhalten. Ziel der Studie ist, genauere Erkenntnisse für die zukünftige Steuerung der Erwerbsmigration zu erhalten.

Aus den bisher vorliegenden Datensätzen sowie den Ergebnissen der für 2014/2015 geplanten Befragung von Zuwanderern nach § 19a AufenthG (Blaue Karte EU) lassen sich vertiefte und vergleichende Erkenntnisse gewinnen, die Einblicke in die Gemeinsamkeiten und Unterschiede einzelner Zuwanderergruppen bezüglich der Zuwanderungsmotive und Bleibeabsichten geben. Zudem werden die Motive und Bleibeabsichten genauer auf ihren statistischen Zusammenhang mit unterschiedlichen Variablen hin untersucht werden. Hierbei wird ermittelt, welche Einflussfaktoren eine besonders große Rolle spielen und welche ggf. nur einen geringen Einfluss haben. Somit werden neben den bereits vorhandenen Erkenntnissen aus den – vorrangig deskriptiven – Analysen der einzelnen Datensätze vertiefte und vergleichende Auswertungen zeigen, inwieweit Korrelationen zwischen den Zuwanderungsgründen, Bleibeabsichten und weiteren Variablen (z. B. Geschlecht, Familienstand, Familiensituation, Berufstätigkeit, Berufsgruppe, Herkunftsland) bestehen und welche signifikanten Gemeinsamkeiten bzw. Unterschiede bei den einzelnen Zuwanderungsgruppen auftreten.

Ergebnisse des Projekts sollen im Jahr 2016 veröffentlicht werden.

2.4 Forschungsschwerpunkt Islam

Geschlechterrollen bei Deutschen und Zuwanderern christlicher und muslimischer Religionszugehörigkeit

Projektverantwortliche: Inna Becher, Yasemin El-Menouar

Das Projekt wurde in den Jahren 2012 und 2013 als flankierende Forschung zum Themenkomplex II der DIK „Geschlechtergerechtigkeit als gemeinsamen Wert leben“ durchgeführt. Hauptziel war es, eine bessere Kenntnis der Umstände zu erlangen, die für die Förderung der Geschlechtergerechtigkeit insbesondere bei Personen muslimischen Glaubens, aber auch bei Personen christlichen Glaubens mit verschiedenen Migrationshintergründen und bei Personen ohne Migrationshintergrund relevant sind.

Folgende Forschungsfragen wurden vorrangig behandelt:

- Unterscheiden sich Personen mit Migrationshintergrund mit muslimischer oder christlicher Religionszugehörigkeit sowie Deutsche ohne Migrationshintergrund in Hinblick auf Geschlechterrollen?
- Werden Unterschiede in Hinblick auf Geschlechterrollen eher durch Religionszugehörigkeit, Religiosität oder durch andere, etwa soziale Faktoren, bestimmt?
- Besteht innerhalb der untersuchten Gruppen eine Diskrepanz im Hinblick auf Geschlechterrollen, die in einer Unzufriedenheit und dem Wunsch nach Veränderung resultiert?
- Besteht ein Zusammenhang zwischen Geschlechterrollen und dem Integrationsstand bei Personen verschiedener Herkunft und Religionszugehörigkeit?

Um belastbare Ergebnisse zu gewinnen, wurde eine bundesweite, quantitative Untersuchung auf Basis von mehr

als 3.000 standardisierten Interviews durchgeführt. Folgende drei Gruppen wurden befragt:

- Etwa 1.900 Personen muslimischen Glaubens, die selber oder deren Vorfahren aus den wichtigsten muslimisch geprägten Herkunftsländern stammen, um der Heterogenität der Personen mit Migrationshintergrund aus diesen Herkunftsländern gerecht zu werden.
- Rund 800 Personen christlichen Glaubens mit Migrationshintergrund, die selber oder deren Vorfahren aus christlich geprägten Herkunftsländern stammen.
- Circa 300 deutsche Personen ohne Migrationshintergrund, die durch die Kultur der deutschen Mehrheitsgesellschaft geprägt sind.

Anhand der Daten wurde geprüft, inwieweit Unterschiede in Geschlechterrolleneinstellungen sowie gelebten Geschlechterrollen mit der Religionszugehörigkeit, der religiösen Praxis und mit soziodemographischen Faktoren wie bspw. dem Bildungsniveau und dem sprachlichen Integrationsgrad in Zusammenhang stehen. Die Ergebnisse zeigen, dass zwischen Christen und Muslimen zum Teil nur geringe, zum Teil jedoch auch größere Unterschiede bestehen. Die Religionszugehörigkeit bietet dafür jedoch keine hinreichende Erklärung. Es zeigt sich, dass beispielsweise Personen, die bildungsfernen Milieus mit einem geringen Status zugeordnet werden können, unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit traditionellere Einstellungen und Geschlechterrollen aufweisen. Der zentrale Faktor, der hinter vermeintlich religiösen Unterschieden steht, ist somit die schlechtere soziale Lage von Muslimen im Vergleich zu Christen in Deutschland.

Festzuhalten ist ferner, dass Christen wie auch Muslime heterogene Gruppen darstellen. Es gibt zum Teil beträchtliche Unterschiede innerhalb der befragten konfessio-

nellen Gruppen in Abhängigkeit vom Herkunftsland und von soziodemographischen Charakteristika. In Bezug auf verschiedene Aspekte sind sich Personen unterschiedlicher Religionszugehörigkeit ähnlicher als Personen derselben Religion. Zum Beispiel weisen Christen ohne Migrationshintergrund sowie Muslime aus dem Iran hohe Ähnlichkeiten in ihren Einstellungen auf; die Aufgaben im Haushalt werden bei Letzteren sogar weniger geschlechtsspezifisch aufgeteilt.

Die Veröffentlichung der Studie erfolgte Anfang 2014.

Veröffentlichung im Jahr 2014

Becher, Inna/El-Menuouar, Yasemin(2014): Geschlechterrollen bei Deutschen und Zuwanderern christlicher und muslimischer Religionszugehörigkeit, Forschungsbericht 21, Nürnberg.



3

Publikationen

3.1 Interne Publikationen

Alscher, Stefan/Kreienbrink, Axel (Hg.) (2014): Abwanderung von Türkeistämmigen: Wer verlässt Deutschland und warum? Beiträge zu Migration und Integration 6, Nürnberg.

Becher, Inna/El-Menuouar, Yasemin (2014): Geschlechterrollen bei Deutschen und Zuwanderern christlicher und muslimischer Religionszugehörigkeit, Forschungsbericht 21, Nürnberg.

Büttner, Tobias/Stichs, Anja (2014): Die Integration von zugewanderten Ehegattinnen und Ehegatten in Deutschland – BAMF-Heiratsmigrationsstudie 2013; Forschungsbericht 22, Nürnberg.

Bundesministerium des Innern/Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hg.) (2014): Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung. Migrationsbericht 2012, Nürnberg.

Hanganu, Elisa/Heß, Barbara (2014): Beschäftigung ausländischer Absolventen deutscher Hochschulen – Ergebnisse der BAMF-Absolventenstudie 2013, Forschungsbericht 23, Nürnberg.

Hanganu, Elisa/Humpert, Stephan/Kohls, Martin (2014): Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedstaaten Bulgarien und Rumänien; Forschungsbericht 24, Nürnberg.

Kreienbrink, Axel (Hg.) (2014): Fachkräftemigration aus Asien nach Deutschland und Europa (deutsche und englische Beiträge), Beiträge zu Migration und Integration 5, Nürnberg.

Im Rahmen des Europäischen Migrationsnetzwerkes:

Müller, Andreas/Mayer, Matthias M./Bauer, Nadine (2014): Soziale Absicherung von Drittstaatsangehörigen in Deutschland; Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN), Working Paper 57, Nürnberg.

Kohls, Martin (2014): Wirksamkeit von Wiedereinreisesperren und Rückübernahmeabkommen; Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN), Working Paper 58, Nürnberg.

Grote, Janne (2014): Abschiebungshaft und Alternativen zur Abschiebungshaft in Deutschland; Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN), Working Paper 59, Nürnberg.

Müller, Andreas (2014): Unbegleitete Minderjährige in Deutschland; Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN), Working Paper 60, Nürnberg.

Alle Publikationen sind unter www.bamf.de/Forschung erhältlich.

3.2 Externe Publikationen

Monographien/Herausgeberschaften

Möller, Kurt/Grote, Janne/Nolde, Kai/Schumacher, Nils (2014): „Die kann ich nicht ab“. Ablehnung, Diskriminierung und Gewalt bei Jugendlichen in der Migrationsgesellschaft. Wiesbaden: Springer VS (im Erscheinen).

Müller, Andreas (2014): *Governing Mobility Beyond the State. Centre, Periphery and the EU's External Borders*, Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Vollmer, Michael (2014): *Die Macht der Bilder. Thomas Mann und der Erste Weltkrieg*, Berlin: be.bra wissenschaft verlag (Dissertationsschrift).

Worbs, Susanne (2014): *Bürger auf Zeit. Die Wahl der Staatsangehörigkeit im Kontext der deutschen Optionsregelung*, Beiträge zu Migration und Integration, Band 7, Nürnberg: BAMF (zugleich Dissertationsschrift).

Veröffentlichungen in nationalen bzw. internationalen Zeitschriften

Böhm, Kathrin/Humpert, Stephan (2014): *Chinesische Arbeitsmigration in Deutschland*, in: *Migration und Soziale Arbeit*, Nr. 3/2014 (Themenheft: Arbeiten in Deutschland zwischen „Marginalisierung“ und „Normalisierung“), S. 229-238.

Bund, Eva/Kohls, Martin/Worbs, Susanne (2014): *Zuwanderung und Integration von (Spät-) Aussiedlern in Deutschland*, in: *Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik (ZAR)*, 10/2014, S. 349-354.

Humpert, Stephan (2014): *Occupational Sex Segregation and Working Time: Regional Evidence from Germany*, in: *Panoeconomicus*, Vol. 61 (3), S. 317-329.

Humpert, Stephan (2014): *Well-Being, Work and Government: Insights from Eastern Transition Countries*, in: *PECOB's papers series*, No. 41, S. 1-31.

Humpert, Stephan (2014): *Trends in Occupational Segregation: What happened with Women and Foreigners in Germany?*, in: *European Economics Letters*, Vol. 3 (1), 36-39.

Humpert, Stephan (2014): *Somewhere over the Rainbow: Sexual orientation and Earnings in Germany*, in: *International Journal of Manpower* (im Erscheinen).

Humpert, Stephan (2014): *Working time, Satisfaction and Work Life Balance: A European Perspective*, in: *SPOUDAI* (zur Veröffentlichung angenommen).

Kohls, Martin (2014): *Demografie von Migranten in Deutschland*, in: *Deutsche Rentenversicherung*, 1/2014, S. 12-23.

Krlev, Gorgi/Bund, Eva/Mildenberger, Georg (2014): *Measuring What Matters - Indicators of Social Innovativeness on the National Level*. in: *Information Systems Management*, 31:3, S. 200-224.

Beiträge in Sammelbänden

Dwars, Daniel/Niehoff, Steffen/Vogel, Lars: Minister und Abgeordnete in Thüringen: Der Landtag als Sprungbrett?, in: Sammelband anlässlich des 25-jährigen Bestehens des Thüringer Landtags (in Vorbereitung).

Ette, Andreas/Hefß, Barbara/Sauer, Lenore (2014): Fachkräftemangel und Zuwanderung: Bleibeabsichten heutiger Arbeitsmigranten in Deutschland. in: Bevölkerungsforschung Aktuell, Ausgabe 4/2014, Wiesbaden, S. 9-15.

Vollmer, Michael: Wiedervereinigung oder Dritter Weg? Die DDR 1989/90, in: Demos, Alexis et al. (Hg.) (2014): Von der Wende zur deutschen Wiedervereinigung, München: Science factory, S. 7-48.

Sonstiges

Babka von Gostomski, Christian/Bund, Eva/Worbs, Susanne (2014): Wie leben (Spät-)Aussiedler in Deutschland? Die Integrationsgeschichte einer Zuwanderergruppe im Spiegel der Zeit, in: Blickpunkt Integration 2014, S. 19.

Bund, Eva (2014): Innovationsindikatorik zur Erfassung räumlicher Muster sozialen Innovationspotenzials, in: Gerhard, U.; Meier, G.; Nüsser, M.; Schmidt, S. (Hg.): Zwischen Ausbeutungs- und Zufluchtsorten: Aspekte der Globalisierung. HGG-Journal 28 (2013/14). Heidelberg: Heidelberger Geographische Gesellschaft, S. 36-44.

Grote, Janne (2014): Bewegung in der deutschen Migrations-, Asyl- und Integrationspolitik, in: Migration und Bevölkerung, 03/2014, S. 1-3.

Grote, Janne (2014): EU-Flüchtlingspolitik: Diskussion über legale Einreisemöglichkeiten, Lastenverteilung und Rückführungspolitik, in: Migration und Bevölkerung, 06/2014, S. 5-7.

Grote, Janne (2014): EU-Freizügigkeit: Fakten zur Einwanderung von Rumänen und Bulgaren, in: Migration und Bevölkerung, 01/2014, S. 1-3.

Grote, Janne (2014): Flucht nach Europa: Das Mittelmeer ist der gefährlichste Grenzübergang der Welt, in: Migration und Bevölkerung, 08/2014, S. 3-4.

Grote, Janne (2014): Irak: Flüchtlinge suchen Schutz in autonomer Region Kurdistan, in: Migration und Bevölkerung, 07/2014, S. 8-9.

Hanganu, Elisa/Hefß, Barbara (2014): Ausländische Hochschulabsolventen: (Nicht nur) im Berufsleben angekommen, in: Blickpunkt Integration 2014, S. 20.

4

Wissenstransfer

4.1 Vorträge (Auswahl)

Veranstalter/Mitveranstalter

Babka von Gostomski, Christian/Stichs, Anja (Organisation/Moderation): Fachtagung „Nach Deutschland der Liebe wegen. Erkenntnisse und Erklärungsansätze zum Ehegattennachzug bzw. zur Partnerschaftsmigration von Migrantinnen und Migranten nach Deutschland“, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg, 23.09.2014.

Hanganu, Elisa/Heß, Barbara (Organisation/Moderation): „Beschäftigung ausländischer Hochschulabsolventen“, Tagung im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg, 15.05.2014.

Kreienbrink, Axel/Grote, Janne/Müller, Andreas/Vollmer, Michael (Organisation/Moderation): Jährliche EMN-Konferenz der deutschen nationalen Kontaktstelle „Unbegleitete Minderjährige im Spannungsfeld zwischen Fluchterfahrung, Jugendhilfe und Aufenthaltsrecht“, im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg, 24.10.2014.

Mit Vortrag (auf Einladung)

Babka von Gostomski, Christian: „Soziologen in der Praxis: Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Gastvortrag in der Ringvorlesung „Soziologische Praxis“ an der Universität Kassel, 03.12.2014.

Baraulina, Tatjana: „Verzahnung der Migration- und Entwicklungspolitik in Deutschland“, Vortrag im Rahmen des 4. Stuttgarter Forums für Entwicklung „2015 und danach? Lokales Handeln für globale Ziele“, Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg, 17.10.2014.

Bund, Eva: „Indicators of Social Innovativeness“, Vortrag bei Summer School “Theoretical and Empirical Studies of Social Innovations as Factors in the Development of Civil Society, Third Sector and Volunteerism”, National Research University Higher School Of Economics, Moskau, 30.06.-03.07.2014.

Büttner Tobias/Stichs, Anja: „Erkenntnisse der BAMF-Heiratsmigrationsstudie 2013 zur Arbeitsmarktintegration von zugewanderten Ehegattinnen und Ehegatten“, Fachtagung „Nach Deutschland der Liebe wegen. Erkenntnisse und Erklärungsansätze zum Ehegattennachzug bzw. zur Partnerschaftsmigration von Migrantinnen und Migranten nach Deutschland“, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg, 23.09.2014.

Grote, Janne: „Abschiebungshaft und Alternativen zur Abschiebungshaft in Deutschland“, Tagung „Dignified Return and Alternatives to Detention“ der finnischen Nationalen Kontaktstelle des Europäischen Migrationsnetzwerks (EMN), Helsinki, 05.06.2014.

- Hanganu, Elisa:** „Studiert, geblieben, beruflich und sozial angekommen. Ergebnisse der BAMF-Absolventenstudie 2013“, 33. DAAD-Jahrestagung Ausländerstudium, Würzburg, 14.03.2014.
- Hanganu, Elisa:** „Beschäftigung ausländischer Absolventen deutscher Hochschulen. Ergebnisse der BAMF-Absolventenstudie 2013“, bei Tagung „Beschäftigung ausländischer Hochschulabsolventen“, BAMF, Nürnberg, 15.05.2014.
- Hanganu, Elisa:** „Aktuelle Entwicklungen der Zuwanderung. Schwerpunkt Südosteuropa“, Internationale Fachtagung der Deutschen Hochschule der Polizei „Herausforderung Zuwanderung – Aktuelle Phänomene und Perspektiven“, Münster, 21.07.2014.
- Hanganu, Elisa:** „Sozial- und Freizügigkeitsrecht in der EU“, Internationale Fachtagung der Deutschen Hochschule der Polizei „Herausforderung Zuwanderung – Aktuelle Phänomene und Perspektiven“, Münster, 22.07.2014.
- Heß, Barbara:** „Neuzuwanderer in Deutschland: Zufriedenheit und Bleibeabsichten von gut qualifizierten Migranten“, Workshop der Minor-Fachtagung „Neue Arbeitsmigration“, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg, 23.01.2014.
- Humpert, Stephan:** „Zuwanderung in Bayern“, Vortrag bei 13. Bayerisches Forum AIDS Prävention, Ismaning, 16.07.2014.
- Humpert, Stephan:** „EU-Arbeitsmigration: Migrationsströme von Fach- und Pflegekräften innerhalb Europas“, anlässlich der Abschlusskonferenz AMiCo – Mobilität von Pflegekräften in Europa, Frankfurt/Main, 23.09.2014.
- Kohls, Martin:** Migration und Integration in Deutschland – Ergebnisse aus dem aktuellen Migrationsbericht der Bundesregierung. Gastvortrag an der Universität Rostock, 04.06.2014.
- Kohls, Martin/Rühl, Stefan:** „Der Ehegattennachzug nach Deutschland, Ergebnisse aus dem aktuellen Migrationsbericht der Bundesregierung“, Fachtagung „Nach Deutschland der Liebe wegen“, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg, 23.09.2014.
- Kohls, Martin:** „Migration und Integration im demographischen Wandel“, Integrationsforum der Regierung von Mittelfranken und Verleihung der Mittelfränkischen Integrationspreise, Nürnberg, 20.10.2014.
- Kreienbrink, Axel:** Vor den Toren Europas – Flucht und Migration aus Afrika, Vortrag im Rahmen der Reihe „Themen Forum Odeon“, Bayerisches Staatsministerium des Innern, München, 04.04.2014.
- Müller, Andreas:** Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern. Zahlen – Fakten – Rechtliche Grundlagen, Verband bayerischer Wohnungsunternehmen, Augsburg, 27.02.2014.
- Müller, Andreas:** „Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern. Zahlen – Fakten – Rechtliche Grundlagen“, Caritas, Frankfurt/M., 10.11.2014.
- Rühl, Stefan:** „Ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Deutschland“, HRK-Regionalkonferenz Nordost „Ausländische Forscherinnen und Forscher für Deutschland gewinnen!“, Alice Salomon Hochschule Berlin, 31.03.2014.
- Rühl, Stefan:** „Humanitärer Schutz: Asyl- und Flüchtlingsmigration in Deutschland und Franken nach 1945“, Tagung „Fremde in Franken: Migration und Kulturtransfer“, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Nürnberg, 08.11.2014.
- Vollmer, Michael:** „Admitting third-country nationals for business purposes – Focus on the German study“, Tagung „Migration as a Key Element of Competitiveness“ der spanischen Nationalen Kontaktstelle des Europäischen Migrationsnetzwerkes (EMN), Madrid, 13.11.2014.

Worbs, Susanne: „(Spät-)Aussiedler in Deutschland: Eine stille Erfolgsgeschichte der Integration?“, Ringvorlesung „Umgang mit Migration und kultureller Vielfalt: Gestern – Heute – Morgen“ an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, Schwäbisch Gmünd, 07.01.2014.

Worbs, Susanne/Bund, Eva: „Russlanddeutsche Migranten in der Bundesrepublik: Integration, Akkulturation und Identität“, Tagung „Zwischen den Welten. Schlaglichter der russlanddeutschen Geschichte im 20. Jahrhundert“ im Grenzdurchgangslager Friedland (Veranstalter: Nordost-Institut an der Universität Hamburg), Friedland, 16.10.2014.

Worbs, Susanne: „Staatsangehörigkeit und Bürgerrechte: Die migrationspolitische Sicht“, 59. Jahrestagung der Deutschen Sektion der Internationalen Juristen-Kommission, Münster, 15.11.2014.

Mit Vortrag (öffentliche Ausschreibung/Call for Papers)

Hanganu, Elisa: „Arbeitsmarktintegration ausländischer Absolventen deutscher Hochschulen“, IQ-Kongress „Gekommen, um zu bleiben – Zur Zukunft der Integration in Deutschland“, Berlin, 04.02.2014.

Heß, Barbara: „Bleibeabsichten von Arbeitsmigranten in Deutschland“, Workshop „Bleibeabsichten von Fachkräften erkennen und Perspektiven schaffen“ im Rahmen des IQ-Kongresses „Gekommen, um zu bleiben – Zur Zukunft der Integration in Deutschland“, Berlin, 04.02.2014.

Heß, Barbara/Ette, Andreas (BiB): „Fachkräftemangel und Zuwanderung: Bleibeabsichten heutiger Arbeitsmigranten in Deutschland“, DGD-Jahrestagung 2014: Demografiestrategie – Work in Progress? Das Potenzial amtlicher Daten für die demografische Forschung und die Familienforschung, Berlin, 12.03.2014.

Humpert, Stephan/Hanganu, Elisa/Kohls, Martin (2014): Neue Ost-West-Migration nach Deutschland? - Zuwanderung im Kontext von Freizügigkeit und Wirtschaftskrise am Beispiel Bulgariens und Rumäniens, Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Demographie e.V. (DGD) „Demografie-Strategie: „Work in progress?“, Berlin, 13.03.2014.

Humpert, Stephan: „Neue Ost-West-Migration nach Deutschland? Zuwanderung im Kontext von Freizügigkeit und Wirtschaftskrise am Beispiel Bulgariens und Rumäniens“, Jahrestagung Deutschen Gesellschaft für Demographie e.V. (DGD), Berlin, 12.-14.03.2014.

Humpert, Stephan: „Erwerbstätigkeit von Migranten“, Statistische Woche, Deutsche Statistische Gesellschaft (DStatG), Hannover, 16.-19.09.2014.

Humpert, Stephan: „Erwerbstätigkeit von Migranten“, Statistische Woche, Deutsche Statistische Gesellschaft (DStatG), Hannover, 16.-19.09.2014.

Kohls, Martin/Rühl, Stefan: „Migration nach Deutschland - Migrationsbericht 2012“, Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Demographie e.V. (DGD) „Demografie-Strategie: „Work in progress?“, Berlin, 13.03.2014.

Sonstiges (Fachgremien, Expertenworkshops, Öffentlichkeitsarbeit)

Baraulina, Tatjana: Mitglied der Jury des Wettbewerbs „Kommune bewegt Welt“, durchgeführt von Engagement Global im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 2014.

Brandt, Lisa: Gemeinsame Netzwerktagung der Regionaldirektion Bayern (RD BY) und des BAMF „Lokal vernetzt in Bayern – die Handlungsfähigkeit von Migrantinnen und Migranten gemeinsam befördern“, 15.10.2014, Nürnberg.

- Bund, Eva:** „Zuwanderung und Integration von (Spät-)Aussiedlern in Deutschland“, Vortrag im Rahmen der Sitzung des Unterausschusses für Heimatvertriebene, Aussiedler, Flüchtlinge und Wiedergutmachung des Hessischen Landtages, Wiesbaden, 01.10.2014.
- Hanganu, Elisa:** „Beschäftigung ausländischer Absolventen deutscher Hochschulen. Ergebnisse der BAMF-Absolventenstudie 2013“, Sitzung des Beirats für Forschungsmigration im BAMF, Nürnberg, 20.10.2014.
- Heß, Barbara:** „Skilled labour priorities in light of demographic change strategy“, Vortrag bei der IGC Immigration Working Group, Genf, 13.11.2014.
- Heß, Barbara:** „Results of the German study on foreign graduates with focus on MINT/STEM graduates“, Vortrag bei der IGC Immigration Working Group, Genf, 14.11.2014.
- Kohls, Martin:** Expertenworkshop der Bertelsmann-Stiftung „Zuwanderung“ zur anstehenden Aktualisierung des „Wegweisers Kommune“, Frankfurt/Main, 17.02.2014.
- Kreienbrink, Axel:** Hearing „Migration“ bei der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben bei der Deutschen Bischofskonferenz, Mainz, 28.06.2014.
- Kreienbrink, Axel:** „Wie eine Statistik viele Wahrheiten verkünden kann“, Impulsreferat im Rahmen des Journalisten-Workshops „Objektivität und Migration: möglich oder unmöglich? Perspektiven der Wissenschaft, Justiz und Medien“, Deutsches Auswandererhaus, Bremerhaven, 21. November 2014.
- Stichs, Anja:** Expertenworkshop über neue Ergebnisse des Religionsmonitors zu Muslime in Deutschland in Deutschland von der Bertelsmann-Stiftung in Gütersloh am 24.09.2014.
- Stichs, Anja:** Expertenworkshop zur Vorbereitung des Schwerpunktthemas „Einstellungen gegenüber ethnischen und religiösen Gruppen“ im Allbus 2016 in Mannheim am 25.09.2014.
- Worbs, Susanne:** „(Spät-)Aussiedler in Deutschland: Eine stille Erfolgsgeschichte der Integration?“, Vortrag im Rahmen der Sitzung des Landesbeirats für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, 25.02.2014.
- Worbs, Susanne:** Beirat des Projektes „Vielfaltsmonitor“ der Bertelsmann Stiftung und des europäischen forums für migrationsstudien (efms), 1. Beiratssitzung am 09.05.2014, Göttingen.

4.2 Tagungen/Veranstaltungen (Auswahl)

Tagung zu ausländischen Hochschulabsolventen

Die Chancen auf dem Arbeitsmarkt sind für ausländische Absolventen deutscher Hochschulen stark gestiegen und so möchten viele in Deutschland bleiben. Ein Großteil schafft dies erfolgreich, auch wenn der Berufseinstieg noch oftmals mit Schwierigkeiten verbunden ist. Zu diesem Ergebnis kamen die Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis, die am 15. Mai 2014 bei einer Tagung im Bundesamt zusammentrafen.

Im Fokus der Fachtagung standen zum einen karrierebezogene Aspekte des Übergangs vom Studium zum Beruf, die Leistungen und Informationen der Hochschulen zur Unterstützung des Beschäftigungseinstiegs sowie der Ablauf der Arbeitsplatzsuche und zum anderen weitere persönliche Motive der Zuwanderung und der Entscheidung, nach dem Studium in Deutschland zu bleiben. Hierfür lieferten die Forscherinnen des BAMF Forschungszentrums empirische Erkenntnisse auf Basis des am selben Tag veröffentlichten Forschungsberichts „Beschäftigung ausländischer Absolventen deutscher Hochschulen“. Zu den weiteren Referentinnen und Referenten der Tagung gehörten Vertreterinnen und Vertreter von hochschulinternen International Offices, Beratungsprojekten sowie arbeitgebernahen Vermittlungsagenturen, Forscherinnen und Forscher sowie Verwaltungsakteure, die im Schnittfeld Hochschule und Erwerbsmigration tätig sind.



Bild von Veranstaltung
Frau Heß, wissenschaftliche Mitarbeiterin
des Forschungszentrums bei ihrem Vortrag
Foto: BAMF, 2014

TIPP

Informationen zu der Veranstaltung finden Sie unter der Adresse <http://www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2014/20140516-absolvententagung.html?nn=1363664>



Bild von Veranstaltung
Referenten bei der Veranstaltung Frau Maddox, Herr Dr. Kohls, Herr Dr. Babka von Gostomski
Foto: BAMF, 2014

„Nach Deutschland der Liebe wegen“

Zum Thema Ehegattennachzug bzw. Partnerschaftsmigration nach Deutschland veranstaltete das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eine Fachtagung am 23. September 2014.

In Fokus der Veranstaltung standen Fragen wie z. B.: Welche Qualifikationen und Kenntnisse über Deutschland bringen nachgereiste Ehegattinnen und Ehegatten aus dem Ausland mit? Wie gestalten Ehegattinnen und Ehegatten, die nach Deutschland ziehen, ihren Alltag? In welchem Ausmaß ist die Arbeitsmarktintegration der im Rahmen des Ehegattennachzugs Gekommenen gelungen?

Bei der Fachveranstaltung wurden Forschungsergebnisse auf Basis quantitativer und qualitativer Analysen sowie

Diskussionsbeiträge zu den Themen Ehegattennachzug bzw. Partnerschaftsmigration präsentiert.

Das Forschungszentrum des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge stellte Ergebnisse der BAMF-Heiratsmigrationsstudie 2013, einer Befragung von 2.497 Frauen und Männern aus Drittstaaten, die seit dem Jahr 2005 im Rahmen des Ehegattennachzugs nach Deutschland kamen, vor.

Neben den Fachbeiträgen waren auch eine Reihe von Posterpräsentationen und Informationsständen vertreten, um so den Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Tagung weiter zu vertiefen.

TIPP

Informationen zu der Veranstaltung finden Sie unter der Adresse
<http://www.bamf.de/SharedDocs/Dossiers/DE/nach-deutschland-der-liebe-wegen.html?nn=1367526¬First=true&docId=5663998>



Bild von Veranstaltung
Dr. de Maiziere (Bundesminister des Innern) am Stand des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge
Foto: BAMF, 2014

Tag der offenen Tür der Bundesregierung

Das Bundesamt beteiligte sich am 30. und 31. August 2014 an dem jährlich stattfindenden Tag der offenen Tür der Bundesregierung in Berlin. Auch das Forschungszentrum war zusammen mit der deutschen nationalen Kontaktstelle des Europäischen Migrationsnetzwerks (EMN) mit Infoständen im Bundesministerium des Innern vertreten. Sie stellten ihre Tätigkeiten und aktuellen Forschungsergebnisse vor. Die teilnehmenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter standen zudem Rede und Antwort bei den vielfältigen Fragen und Diskussionspunkten der Besucherinnen und Besucher. Wie in den vergangenen Jahren zeigte sich, dass das Interesse sowie der Informations- und Diskussionsbedarf beim Thema Migration, Asyl und Flucht ungebrochen hoch ist.

Neben dem Forschungszentrum stellten sich zudem auch die Bereiche Integration, Asyl, Projektförderung und Ausbildungsmöglichkeiten (www.wirsindbund.de) des Amtes mit eigenen Ständen vor.



Tag der Deutschen Einheit in Hannover

Bei der zentralen Veranstaltung zum „Tag der Deutschen Einheit 2014“ am 2. und 3. Oktober 2014 im Park am Maschsee im Herzen von Hannover war das Forschungszentrum neben einer Vielzahl weiterer Referate und Außenstellen des Bundesamtes in einem gemeinsamen Zelt vertreten. Die Vertreter des Forschungszentrums Dr. Anja Stichs und Dr. Christian Babka von Gostomski hatten alle Hände voll zu tun, die zahlreichen Anfragen der Besucher zu den Themen Migration, Integration und Asyl, zu beantworten. In teilweise vertieften Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern wurde ein sehr ausge-

prägtes Interesse an der Arbeit des Forschungszentrums und auch an den Aufgaben des Bundesamtes insgesamt deutlich. Einen Schwerpunkt bildeten dabei Fragen zum aktuellen Asylverfahren. Stark nachgefragt wurde auch Studien des Forschungszentrums.

Neben diesen „großen“ Veranstaltungen wurden zusätzlich zahlreiche Präsentationen vor Besuchergruppen im Bundesamt zu unterschiedlichen Forschungsthemen durchgeführt.



Bild von Veranstaltung
Stand des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge
Foto: BAMF, 2014

4.3 Öffentlichkeitsarbeit

Das Forschungszentrum des Bundesamtes ist bestrebt seine Forschungsergebnisse neben der Präsentation auf Fachveranstaltungen vor Fachpublikum auch der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Hierzu werden vielfältige Informationskanäle genutzt.

So wird über aktuelle Forschungsergebnisse auf der Startseite des Internetauftrittes des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge informiert. Zusätzlich werden diese über den monatlich erscheinenden Newsletter des Bundesamtes bekannt gemacht. Viele dieser Forschungsstudien, die als Forschungsberichte, Working Papers oder Sammelbände publiziert werden, können über die Warenkorbfunktion bei der zentralen Publikationsstelle des Bundesamtes in gedruckter Form bestellt werden. Die Produkte sind zudem im Internet unter www.bamf.de/forschung abrufbar.

Seit 2014 werden durch das Bundesamt auch erstmals ausgewählte Forschungsergebnisse auf Facebook eingestellt und diskutiert. Die ersten Erfahrungen sind durchaus positiv, so dass dieser Weg der Öffentlichkeitsarbeit weiter verfolgt wird. Ob sich darüber hinaus weitere Verbreitungsmöglichkeiten z. B. über Twitter anbieten, wird sich noch zeigen. Seit Kurzem jedenfalls nutzt das Bundesamt auch Twitter. Das Forschungszentrum wird auch diesen Informationskanal testen und anschließend bewerten. Mehr hierzu im Jahresbericht 2015.

Zusätzlich zu den „klassischen“ Standardpublikationen stellt das Forschungszentrum ein Online-Angebot „Update zum Integrationsreport“ zur Verfügung. Unter dieser Rubrik werden interessierten Online-Nutzerinnen und -Nutzern aktuelle Daten zu ausgewählten Aspekten der Integration von Migranten in Deutschland zur Verfügung gestellt. Dabei besteht die Möglichkeit auf Grunddaten der Zuwandererbevolkerung sowie auf Daten zur schulischen und beruflichen Bildung, zur sprachlichen Integration, zur Wohnsituation und zur Einbürgerung zuzugreifen.

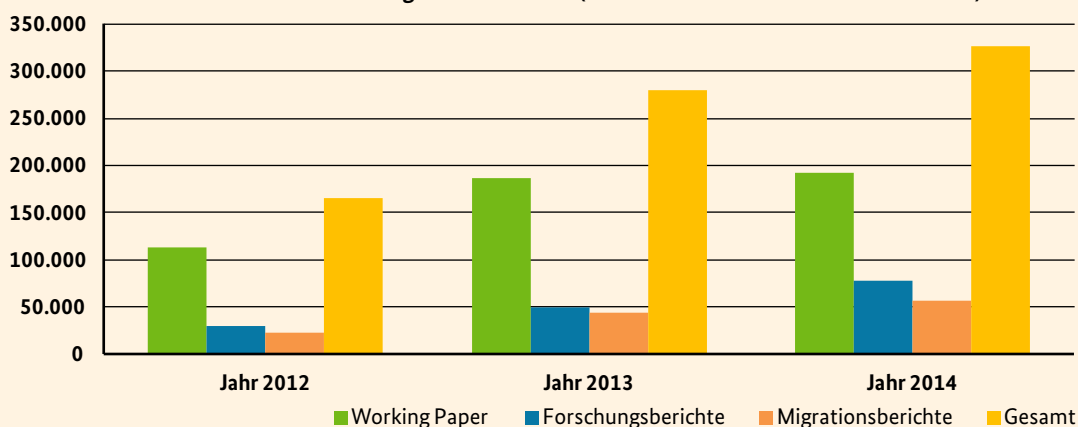
Daneben wird regelmäßig die Nachfrage nach Publikationen der Forschungsgruppe beobachtet. So wird bspw. die Anzahl der Download-Zugriffe auf die wichtigsten Publikationsarten monatlich ausgewertet und mit den Zugriffszahlen aus vergangenen Jahren verglichen. Die bereits im letzten Jahresbericht festgestellte stetige Steigerung bei den Zugriffszahlen hat sich auch 2014 fortgesetzt. Das u. a. Diagramm stellt die Entwicklung der Zugriffszahlen seit 2012 grafisch dar.

TIP

Online-Zugriff auf Update zum Integrationsreport über (<http://www.bamf.de/DE/Infothek/Informationsservice/Integrationsreport/integrationsreport-update-node.html>)

Publikationsart	Anzahl der Downloads in 2012	Anzahl der Downloads in 2013	Anzahl der Downloads in 2014	Prozentuale Steigerung seit 2012
Forschungsberichte	29.847	49.534	77.239	159 %
Working Paper	112.595	186.763	192.415	71 %
Migrationsberichte	23.338	43.452	56.391	142 %
Gesamt	165.780	279.749	326.045	97 %

Übersicht über die Entwicklung von Downloads (Zeitraum Januar 2012 - Dezember 2014)



5

Vernetzung

5.1 Europäisches Migrationsnetzwerk (EMN)

Ziel des EMN ist die Deckung des Informationsbedarfs der Gemeinschaftsorgane sowie der Behörden und Einrichtungen der Mitgliedstaaten zur Migrations- und Asylthematik durch Bereitstellung aktueller, objektiver, verlässlicher und vergleichbarer Informationen zu Migration und Asyl, um die diesbezügliche Politikgestaltung in der Europäischen Union zu unterstützen. Ebenso soll die Öffentlichkeit mit entsprechenden Informationen versorgt werden. Diese Aufgabe gründet sich auf eine Entscheidung des Rates der Europäischen Union vom 14.05.2008 (2008/381/EG). Neben den jährlichen Berichten zur Entwicklung der Migrations- und Asylpolitik bzw. zu Statistiken im Bereich „Migration und internationaler Schutz“ sind durch die jeweiligen nationalen Kontaktstellen (NCP) Studien zu relevanten Themen zu erstellen (siehe unten). Die Studienthemen werden in einem von den Mitgliedstaaten abgestimmten jährlichen Arbeitsprogramm festgelegt. Auf der Grundlage der nationalen Studien und Berichte der Mitgliedstaaten werden jeweils umfassende Synthesberichte sowie Detailanalysen zu spezifischen Fragen (EMN Informs) erstellt, welche die zentralen Ergebnisse aller Studien zusammenfassen, die wichtigsten Aspekte hervorheben und diese in eine EU-Gemeinschaftsperspektive einbinden.

Die Ratsentscheidung zur Einrichtung des EMN schreibt zudem die Bildung eines nationalen Netzwerks mit relevanten Akteuren vor. Ein solches deutsches Netzwerk besteht seit 2004 und ist seitdem schrittweise ausgebaut worden. Unter den derzeit ca. 30 Mitgliedern sind v. a. Forschungsinstitute, einschlägige Lehrstühle, Behörden aus Bund und Ländern sowie Organisationen, die sich mit Migrationsfragen beschäftigen.



Das EMN-Arbeitsprogramm sah für das Jahr 2014 vier Fokus-Studien vor. Zu folgenden Themen wurden Studien erstellt:

- Abschiebungshaft und Alternativen zur Abschiebungshaft (vorgeschlagen von der Europäischen Kommission und den Nationalen Kontaktstellen des Europäischen Migrationsnetzwerkes aus Finnland und Schweden; Fokus-Studie)
- Wirksamkeit von Wiedereinreiseperrern und Rückübernahmeabkommen (vorgeschlagen von der Europäischen Kommission und den Nationalen Kontaktstellen des Europäischen Migrationsnetzwerkes aus Großbritannien und Österreich; Fokus-Studie)
- Unbegleitete Minderjährige – Update und Erweiterung der EMN-Studie von 2009 (vorgeschlagen von den Nationalen Kontaktstellen des Europäischen Migrationsnetzwerkes aus Deutschland, Irland, Luxemburg und Schweden; Fokus-Studie)
- Mobilitätsbestimmungen für Investoren, Selbstständige und sonstige Wirtschaftsvertreter in Deutschland (vorgeschlagen von den Nationalen Kontaktstellen des Europäischen Migrationsnetzwerkes aus Tschechien, Irland und Litauen; Fokus-Studie)

Daneben wurde 2014 der Jahresbericht zur Migrations- und Asylpolitik („Politikbericht 2013 der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)“) abgeschlossen und veröffentlicht.

Bisherige Veröffentlichungen von thematischen Studien im Rahmen des EMN:

- Kohlmeier, Manfred/Schimany, Peter (Hg.) (2005): Der Einfluss von Zuwanderung auf die deutsche Gesellschaft, Forschungsbericht 1, Nürnberg.
- Sinn, Annette/Kreienbrink, Axel/von Loeffelholz, Hans Dietrich unter Mitarbeit Wolf, Michael (2006): Illegal aufhältige Drittstaatsangehörige in Deutschland, Forschungsbericht 2, Nürnberg.
- Kreienbrink, Axel et al. (2007): Rückkehr aus Deutschland, Forschungsstudie 2006 im Rahmen des Europäischen Migrationsnetzwerks (EMN), Forschungsbericht 4, Nürnberg.
- Derst, Peter/Heß, Barbara/von Loeffelholz, Hans Dietrich (2006): Arbeitsmarkteteiligung von Ausländern im Gesundheitssektor in Deutschland, Working Paper 6, Nürnberg.
- Heß, Barbara/Sauer, Lenore (2007): Migration von hoch Qualifizierten und hochrangig Beschäftigten aus Drittstaaten nach Deutschland, Working Paper 9, Nürnberg.
- Kreienbrink, Axel/Rühl, Stefan (2007): Familiennachzug in Deutschland, Working Paper 10, Nürnberg.
- Schneider, Jan (2009): Die Organisation der Asyl- und Zuwanderungspolitik in Deutschland, Working Paper 25, Nürnberg.
- Parusel, Bernd (2009): Unbegleitete minderjährige Migranten in Deutschland. Aufnahme, Rückkehr und Integration, Working Paper 26, Nürnberg.
- Parusel, Bernd (2010): Europäische und nationale Formen der Schutzgewährung in Deutschland, Working Paper 30, Nürnberg.
- Schneider, Jan/Kreienbrink, Axel (2010): Rückkehrunterstützung in Deutschland. Programme und Strategien zur Förderung von unterstützter Rückkehr und zur Reintegration in Drittstaaten, Working Paper 31, Nürnberg.
- Parusel, Bernd/Schneider, Jan (2010): Deckung des Arbeitskräftebedarfes durch Zuwanderung, Working Paper 32, Nürnberg.
- Schneider, Jan/Parusel, Bernd (2011): Zirkuläre und temporäre Migration. Empirische Erkenntnisse, politische Praxis und zukünftige Optionen in Deutschland, Working Paper 35, Nürnberg.
- Parusel, Bernd/Schneider, Jan (2012): Visumpolitik als Migrationskanal. Die Auswirkungen der Visumvergabe auf die Steuerung der Zuwanderung; Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN), Working Paper 40, Nürnberg.
- Schneider, Jan (2012): Maßnahmen zur Verhinderung und Reduzierung irregulärer Migration; Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN), Working Paper 41, Nürnberg.
- Müller, Andreas (2012): Missbrauch des Rechts auf Familiennachzug. Scheinehen und missbräuchliche Vaterschaftsanerkennungen; Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN), Working Paper 43, Nürnberg.
- Mayer, Matthias M./Yamamura, Sakura/Schneider, Jan/Müller, Andreas (2012): Zuwanderung von internationalen Studierenden aus Drittstaaten; Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN), Working Paper 47, Nürnberg.
- Müller, Andreas (2013): EU-Binnenmobilität von Drittstaatsangehörigen; Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN), Working Paper 51, Nürnberg.
- Mayer, Matthias M. (2013): Gewinnung von hochqualifizierten und qualifizierten Drittstaatsangehörigen; Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN), Working Paper 53, Nürnberg.
- Müller, Andreas (2013): Die Organisation der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern in Deutschland; Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN), Working Paper 55, Nürnberg.

- Hoffmann, Ulrike (2013): Die Identifizierung von Opfern von Menschenhandel im Asylverfahren und im Fall der erzwungenen Rückkehr; Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN), Working Paper 56, Nürnberg.
- Müller, Andreas/Mayer, Matthias M./Bauer, Nadine (2014): Soziale Absicherung von Drittstaatsangehörigen in Deutschland; Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN), Working Paper 57, Nürnberg.
- Kohls, Martin (2014): Wirksamkeit von Wiedereinreiseperrn und Rückübernahmeabkommen; Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN), Working Paper 58, Nürnberg.
- Grote, Janne (2014): Abschiebungshaft und Alternativen zur Abschiebungshaft in Deutschland; Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN), Working Paper 59, Nürnberg.
- Müller, Andreas (2014): Unbegleitete Minderjährige in Deutschland; Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN), Working Paper 60, Nürnberg.

5.2 Migration und Integration in der Ressortforschung

Das 7. Treffen des Gesprächskreises „Migration und Integration in der Ressortforschung“ fand am 26. November 2014 im Bundesamt statt. Wie schon in den vergangenen Jahren bestand die Veranstaltung aus zwei Themenblöcken. Der erste Teil des Treffens diente dem Austausch über aktuelle Forschungsvorhaben in den teilnehmenden Forschungseinrichtungen. Im zweiten themenbezogenen Block wurden wieder Fachthemen behandelt, die für den gesamten Kreis der Forschungseinrichtungen von Relevanz sind. So hat das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zum Projekt „IAB/SOEP Migrationsstichprobe“ erste Ergebnisse präsentiert. Ein Vertreter des Statistischen Bundesamtes hat in einem zweiten Vortrag zu den Auswirkungen des neuen Hochrechnungsrahmens im Mikrozensus erste Analysen zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund referiert. Den Vorträgen schlossen sich rege Diskussionen an.

Der Austausch über aktuelle Forschungsvorhaben und -ergebnisse brachte für alle Beteiligten neue Erkenntnisse und wird als wichtiges Ziel des Gesprächskreistreffens angesehen. Für diesen Informationsaustausch und die Beantwortung der sich daran anschließenden Fragen hat sich diese Form des persönlichen Gesprächs bewährt. Es trägt auch dazu bei, bereits im frühen Stadium Synergien bei eigenen Forschungsprojekten zu erkennen bzw. Doppelforschung zu vermeiden. Unabhängig davon wird überlegt, den Gesprächskreis weiterzuentwickeln. Erste Anregungen wurden bei dem Treffen bereits ausgetauscht.

6

Abkürzungsverzeichnis

AufenthG	Aufenthaltsgesetz
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BBSR	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
BIB	Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung
BIBB	Bundesinstitut für Berufsbildung
BISP	Bundesinstitut für Sportwissenschaften
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMI	Bundesministerium des Innern
BVFG	Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz
DIE	Deutsches Institut für Entwicklungspolitik
DIK	Deutsche Islam Konferenz
DJI	Deutsches Jugendinstitut
DZA	Deutsches Zentrum für Altersfragen
EMN	Europäisches Migrationsnetzwerk
EU	Europäische Union
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
KfbG	Kriegsfolgenbereinigungsgesetz
MBE	Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer
NCP	Nationaler Kontaktpunkt
RAM	Repräsentativuntersuchung „Ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland“
SOEP	Sozio-oekonomisches Panel
SVR	Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration
SWP	Stiftung Wissenschaft und Politik

Anlage: Forschungsvorhaben im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2005-2015

Themenfeld Migration

Projekttitel	Status
Allgemeine Aspekte der Migration	
Migrationsbericht 2005 - 2013	a
Migrationsbericht 2014	l
Arbeiten zur Datenlage im Bereich Migration und Integration	a
Dokumentation von Forschungs- und Literaturnachweisen	a
EMN-Studie 2008 „Die Organisation der Asyl- und Zuwanderungspolitik in Deutschland“	a
EMN-Studie 2010 „Zirkuläre und temporäre Migration“	a
EMN-Fokus Studie 2013 „EU-Binnenmobilität von Drittstaatsangehörigen“	a
EMN-Fokus-Studie 2013 „Die Organisation der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern in Deutschland“	a
Ausmaß und Folgen von Umweltmigration	a
Weltweite Migrationsbewegungen	
Neuzuwandererpanel Pilotstudie	a
EMN-Studie 2006 "Rückkehr aus Deutschland"	a
Rückkehr und Rückkehrförderung	a
EMN-Studie 2009 „Rückkehrunterstützung in Deutschland“	a
Abwanderung von qualifizierten Personen mit Migrationshintergrund aus Deutschland	a
EMN-Studie 2007 "Familiennachzug in Deutschland"	a
EMN-Studie 2011 „Visumpolitik als Migrationskanal?“	a
Das Potenzial zukünftiger Migrationen - Afrika	a
Das Potenzial zukünftiger Migrationen – GUS	a
Das Potenzial zukünftiger Migrationen – Ost-/Südostasien	a
Das Potenzial zukünftiger Migrationen – Indien	l
Das Thema „Migration“ in den entwicklungsrelevanten Aktivitäten von institutionellen Akteuren und Migrantenorganisationen in Deutschland	a
Migration und Entwicklung zwischen Afrika und Deutschland: Buchprojekt BAMF-GIZ	a
EMN-Studie 2008 „Unbegleitete minderjährige Migranten in Deutschland“	a
EMN-Studie 2009 „Europäische und nationale Formen der Schutzgewährung in Deutschland“	a
Determinanten der Zielstaatswahl von Asylsuchenden	a
Migrationspolitische Bedeutung der Türkei	a
EMN-Studie 2012 „Die Zuwanderung internationaler Studierender nach Deutschland“	a
EMN-Fokus-Studie 2013 „Die Identifizierung von Opfern von Menschenhandel im Asylverfahren und im Fall der erzwungenen Rückkehr“	a
Migrationsprozesse im Westbalkan: Bestandsaufnahme, Herausforderungen und Lösungsansätze	l
EMN-Fokus-Studie 2014 „Wirksamkeit von Wiedereinreisesperren und Rückübernahmeabkommen“	a
EMN-Fokus-Studie 2014 „Unbegleitete Minderjährige in Deutschland“	a

Migration und Arbeitsmarkt	
EMN-Kleinstudie 2005 "Einreise und Aufenthaltsbedingungen in der EU für hoch qualifizierte Arbeitskräfte aus Drittstaaten: Deutschland"	a
EMN-Kleinstudie 2006 „Arbeitsmarkteteiligung von Ausländern im Gesundheitssektor in Deutschland“	a
Qualifizierte Arbeitsmigration in Deutschland in wirtschafts-, arbeitsmarkt- und entwicklungspolitischer Hinsicht	a
Arbeitsmigrationssteuerung: Zuwanderung von Fachkräften nach dem Zuwanderungsgesetz (§ 18 AufenthG)	a
Migranten in qualifizierten Dienstleistungen	a
Migranten im Niedriglohnssektor unter besonderer Berücksichtigung der Geduldeten und Bleibeberechtigten	a
EMN-Studie 2010 „Deckung des Arbeitskräftebedarfes durch Zuwanderung“	a
Bedarf an ausländischen Forscherinnen und Forschern in Deutschland	a
Selbstständige Zuwanderer und Rückkehrer	a
Beschäftigung ausländischer Absolventen deutscher Hochschulen. Ergebnisse der BAMF-Absolventenstudie 2013	a
Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedstaaten Bulgarien und Rumänien	a
EMN-Fokus-Studie 2013 „Gewinnung von hochqualifizierten und qualifizierten Drittstaatsangehörigen“	a
Erwerbsmigration von „Blaue Karte EU“-Inhabern in Deutschland	l
Fachkräftezuwanderung im internationalen Vergleich	l
Arbeitskräftezuwanderung von Drittstaatsangehörigen nach Deutschland: Synthese der fünf Befragungen von Arbeitsmigranten zur Bestimmung von Determinanten der Zuwanderung und der Bleibeabsichten	l
EMN-Fokus-Studie 2014 „Mobilitätsbestimmungen für Investoren, Selbstständige und sonstige Wirtschaftsvertreter in Deutschland“	a
Fachkräftepotenzial im Familiennachzug	n
Demographische Aspekte der Migration	
Die alternde Gesellschaft	a
Migration und demographischer Wandel	a
Ältere Migranten	a
Morbidität und Mortalität von Migranten	a
Fertilität von Frauen mit Migrationshintergrund	a
Auswirkungen des demographischen Wandels auf Gesundheit, Pflegebedürftigkeit und Nachfrage nach Pflegeleistungen bei Migrantinnen und Migranten	a
Irreguläre Migration	
EMN-Studie 2005 „Illegal aufhältige Drittstaatsangehörige in Deutschland“	a
Studie „Umfang und Struktur der illegal aufhältigen Migrantenbevölkerung in Deutschland“ für den Prüfauftrag "Illegalität" der Bundesregierung	a
Bekämpfung illegaler Beschäftigung von Ausländern in der erweiterten EU	a
Schätzmethode für den Umfang illegaler Migration	a
EMN-Fokus-Studie 2011 „Maßnahmen zur Verhinderung und Reduzierung irregulärer Migration“	a
EMN-Fokus-Studie 2012 „Missbrauch des Rechts auf Familiennachzug. Scheinehen und missbräuchliche Vaterschaftsanerkennungen“	a

Themenfeld Integration

Projekttitel	Status
Wissenschaftliche Begleitung der Integrationskurse	a
Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen des Wohnortzuweisungsgesetzes	a
Jüdische Zuwanderer: Demographische Merkmale, Berufsstruktur und Verwandtschaftsnetzwerke	a
Kriminalität von Aussiedlern	a
Erfolgsbiographien von Migrantinnen	a
Muslimische Selbstorganisation und staatlicher Umgang mit muslimischen Organisationen im europäischen Vergleich	a
Studie im Rahmen der Deutschen Islam Konferenz (DIK): „Muslimisches Leben in Deutschland“	a
Studie im Rahmen der Deutschen Islam Konferenz (DIK): „Islamische Religionsbedienstete in Deutschland (IREB)“	a
Studie im Rahmen der Deutschen Islam Konferenz (DIK): „Geschlechterrollen bei Deutschen und Zuwanderern muslimischer und christlicher Religionszugehörigkeit“	a
Repräsentativuntersuchung „Ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland (RAM) 2006/2007“	a
Repräsentativbefragung ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland (RAM 2015)	l
Integrationsreport (Dauervorhaben)	l
Indikatoren der Integration auf kommunaler Ebene	a
Politische Partizipation der Migranten in der Bundesrepublik Deutschland und über die deutschen Grenzen hinweg	a
Integrationsverlauf von Integrationskursteilnehmenden	a
Integrationsverlauf von Teilnehmenden an Alphabetisierungskursen	a
Integrationsverlauf von Integrationskursteilnehmenden: 4. Befragungswelle	a
Integrationsverlauf von Integrationskursteilnehmenden: qualitative Ergänzungsstudie	a
Das Einbürgerungsverhalten von Ausländerinnen und Ausländern in Deutschland	a
Die Optionsregelung im Staatsangehörigkeitsrecht aus der Sicht von Betroffenen	a
(Spät-)Aussiedler in Deutschland: Eine Analyse aktueller Daten und Forschungsergebnisse	a
Die Integration von zugewanderten Ehepartnerinnen und Ehepartnern in Deutschland (BAMF-Heiratsmigrationsstudie 2013)	a
EMN-Studie 2014 „Soziale Absicherung von Drittstaatsangehörigen in Deutschland“	a
Wissenschaftliche Begleitforschung zur Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE)	l
Integration von Asylberechtigten nach Art.16a Grundgesetz und anerkannten Flüchtlingen gemäß § 60 Abs. 1 AufenthG	l
Flüchtlingsaufnahme (Resettlement): Untersuchung der Integration von besonders Schutzbedürftigen	l
Herkunftsspezifische Unterschiede beim erfolgreichen Absolvieren der Integrationskurse: Erklärungsansätze	n
Muslimisches Leben in Deutschland – MLD 2016 - Studie im Rahmen der Deutschen Islam Konferenz (DIK)	n

a = abgeschlossen, l = laufend, n = neu

Impressum

Herausgeber:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Frankenstraße 210
90461 Nürnberg

Gesamtverantwortung:

Antje Kiss

Redaktion:

Christoph Walz
Thomas Gütlhuber

Stand:

01. Januar 2015

Layout:

Gertraude Wichtrey

Bildnachweis:

Titelbild: ©iStock.com/BernardaSv
Seite 4: ©Thomas Geiger

Weitere Informationen finden Sie unter:
www.bamf.de/forschung

